

# Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG  
für Politik, Kultur und Geschichte

## ■ Fluch oder Segen?

Eine wirkliche Reform des Gesundheitswesens wäre jedenfalls dringend notwendig ... **Seite 3**

## ■ Kinder im Weg

Ortsfremde Autofahrer treten schon mal auf die Bremse ... **Seite 5**

## ■ Wenn die NPD verboten ist ...

... könnte sich kein Nazi mehr auf Meinungsfreiheit berufen **Seite 7**

## ■ Darf ein Amerikaner das?

Nämlich in die Haut seines Feindes schlüpfen. John Updikes neuestes Buch über ein inneramerikanisches Problem **Seite 11**

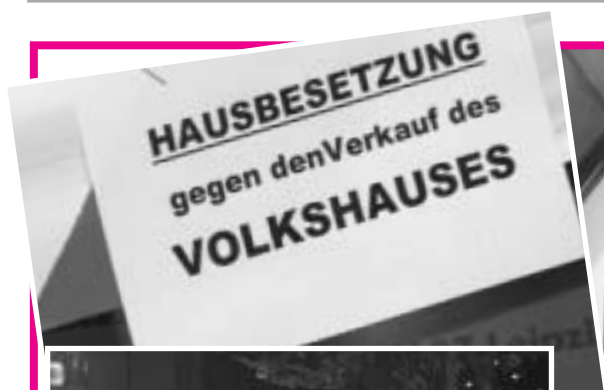
# 22

2006

Nur  
ein  
Euro!

14. Jahrgang  
3. November

www.  
leipzigs-  
neue.de



Fotos: G. Eiltzer



## Hände weg!

Mit Isomatte, Schlafsack, Feuerschalen, Gewerkschaftsfahnen, Transparenten und einer gehörigen Portion Wut im Bauch besetzten junge und alte Gewerkschaftsmitglieder das LEIPZIGER VOLKSHAUS – zunächst für eine Nacht und einen Morgen. Der geplante Verkauf ist für sie nicht hinnehmbar. Das Gebäude wurde schon mehrfach von Arbeitern aus eigener Tasche bezahlt und nach Kriegszerstörungen wieder aufgebaut. Der DGB hatte jetzt angekündigt, sich von einem Großteil seiner Immobilien zu trennen. Dazu gehören auch Gewerkschaftshäuser in Dresden, Chemnitz, Rostock und Jena. Die Aktion ist beendet, die Diskussion noch nicht.

• M. J.

Seite 8

Es gibt da diese köstliche Stelle in John Reeds „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“: Ein Student, der sich Revolutionär nennt, attackiert einen bolschewistischen Soldaten vor dem Smolny, dass er gar nicht für den Sozialismus kämpfe, sondern für Anarchie. Der Soldat, vor Verlegenheit schwitzend, weil er ja nicht so gebildet ist wie der Student, wehrt sich tapfer: „Ach, Bruder ... du verstehst nicht. Es gibt zwei Klassen. Kannst du das nicht sehen? Das Proletariat und die Bourgeoisie. Wir ...“

Der Student fährt unverschämt dazwischen. Der Soldat kratzt sich am Kopf und erwidert aufs Neue: Es gibt nur zwei Klassen, das Proletariat und die Bourgeoisie.

Im Unterschied zum Studenten, der sich anmaßend Marxist nennt, hat der Mushik mit dem Gewehr das Grundsätzliche erkannt. Es gibt nur zwei Klassen: die Bourgeoisie und das Proletariat. So wie es Marx und Engels wissenschaftlich erklärten.

Auch heute sind Lohn-, Gehalts- und Unterhaltsabhängige (wenn man die Essers und Ackermanns auslässt) nichts anderes als Proletariat. Und die Bourgeoisie, das sind all diejenigen, die den Proletarien alles nehmen, ihre Arbeitskraft, ihre Gesundheit, ihre Bildungschancen – gegen ein immer lächerlicheres Entgelt. In der klaren Sprache des Kommunistischen Manifests heißt das: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen,

den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Diesem barbarischen Spiel der Kräfte setzten Lenin und Genossen im Oktober 1917 eine welterschütternde Revolution entgegen. Basierend nicht zuletzt auf dem Kommunistischen Manifest von 1848. Karl Marx und Friedrich Engels hatten darin der Hoffnung der Proletarien auf das Ende der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen

## Oktobergedanken

ein nachvollziehbares Ziel gegeben, in dem sie die Zukunft als eine Assoziation beschrieben, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Dieser faszinierende Gedanke taucht seit Jahren auch immer wieder in PDS-Programmentwürfen auf. Ohne Quellenangabe – und ohne den ersten Teil des Satzes vom Ende der bürgerlichen Gesellschaft. Seit diesen Oktobertagen gibt es eine neue Variante, eine sprachlich verhunzte geschlechterneutrale. Das muss schon sein, da inzwischen ja sogar eine Bibelversion vorliegt, die vor feministischen Angriffen sicher sein darf. Aber im Ernst: Auch die Verfasser des Satzungsentwurfs für die neue Linkspartei ver-

schweigen die kommunistischen Gedankenwurzeln, wenn sie in der Präambel schreiben: „Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jedes zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird.“ Gut, aber wie soll das gehen mit der Bourgeoisie an der Macht?

Kennen die Autoren das Kommunistische Manifest nicht, das sie hier plagieren, oder schämen sie sich dessen? Womöglich trifft beides zu.

Weshalb die beste Argumentationshilfe für die anstehende Basis-Diskussion über die Dokumente für die neue Linkspartei gewiss darin bestünde, das Werk noch einmal gründlich zu lesen. Auch dieses brandaktuellen Gedankens willens: „Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden.“

Am Ende des Absatzes kommt dann jener berühmte Gedanke, dass die Bourgeoisie ihren eigenen Totengräber produziert. Allerdings, können das die – ja gesuchten – Wurzeln einer Linkspartei sein, wenn sie sich mit sozialstaatlichen, statt mit sozialistischen Forderungen zufrieden gibt?

• MAXI WARTELSTEINER



## Auf ein Wort bitte



**CORNELIA ERNST,**

Vorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen

### Abgehängte Prekäre – wohin abgehängt?

Eine neue Spezies ist entdeckt – die „Unterschicht“. Die Beck und Merkel stehen vor dem Mikroskop, um deren Merkmale zu bestimmen. Menschenähnlich, zwei Beine, Arme, sogar ein Kopf ist dran. Ah, das sind also die da unten! Eben die „Unterschicht“, die „Prekären“, das „abgehängte Prekariat“. Was ich allerdings noch nicht richtig begriffen habe ist, wohin sie die „Prekären“ abgehängt haben. Wenigstens der Ordnung halber wüsste ich das gern. Nicht, das man irgend so einem „Abgehängten“ unvorbereitet begegnet. Muss ja nicht sein.

Bei der Identifizierung dieser „Unterschicht“ stellte sich übrigens heraus, dass die meisten von denen aus dem Osten kommen. „Stärkster Osttyp“ steht in der Merkmals-

bestimmung. Na klar, die Zonis, die versauern wieder mal das Bild der Republik und dran Schuld ist natürlich die DDR. Versteht ja auch jeder. Schließlich ist die DDR immer Schuld, auch noch in 100 Jahren. Irgendwer muss es ja auch gewesen sein, der den Osten so herunter geludert hat. Mit dieser Erklärung können viele gut leben. So ist die Welt von CDU und SPD Gott sei Dank wieder heil. Aber immerhin billigen sie damit der Inkubationszeit für die „Unterschicht“ mehrere Jahre zu.

Nach Erklärung der Grünen ist die „Unterschicht“ stattdessen quasi vom Himmel gefallen, und zwar unmittelbar nach Abwahl der rot-grünen Koalition. Vorher gab es nämlich mit den Grünen das Himmelreich auf Erden. Erst jetzt, ein Jahr danach, kam der Rieseneinbruch und seitdem gibt es die „Unterschicht“.

Gegen solche Argumentationsketten ist die Linkspartei eine Langweilerin. Seit Jahr und Tag predigt sie das immer Gleiche. Von der Verarmung zum Beispiel. Mein Gott, wie nervig. Nun haben wir Armutsberichte – und? Was hat das zur Folge? Alle Leute können nun auch noch sehen, dass es arme Leute bei uns gibt. Und dieses Gerechde um Hartz IV. Natürlich hat Hartz IV mit der Verarmungsquote nichts zu tun. „Fordern und Fördern“ – heißt das nicht so? Und die roten Säcke sind zur Wahl immer rumgerannt mit Plakaten „Hartz IV ist Armut

per Gesetz“. Nun haben wir den Salat. Aber sehen wir mal von solchen Kleinigkeiten wie Hartz IV ab, dann muss man doch erkennen, dass die Gesellschaft auch den Menschen etwas abfordern muss – Eigeninitiative zum Beispiel. In der Gesundheitsvorsorge, bei der Rente, beim Kampf um Jobs, bei der Kindererziehung, beim Atmen. Flexibel und beweglich muss der Mensch sein – den Zonis fällt das halt schwer nach 40 Jahren Diktatur. Aber es gibt ja glücklicherweise gegen all das eine Generallösung, so etwas wie ein Meister Proper. Die „Unterschicht“ muss sich nämlich bilden. Bildung ist alles, von der Kita bis ins Rentenalter. Mit der Bildung als solcher kann man dann die Probleme mit dem Wischlappen abwischen. Eine gute Ladung Bildung und es fallen die Jobs im Dreivierteltakt ganz von selbst vom Himmel, Abwanderung wird gestoppt und die Geburten steigen wieder. Im Osten geht nämlich die Sonne auf. Am Ende muss man das den Leuten einfach nur richtig erklären. Und dann können die „Abgehängten“ sehr bald aufsteigen in die nächst höhere Klasse – zu den „autoritätsorientierten Geringqualifizierten“ oder vielleicht sogar zu den „selbstgenügsamen Traditionalisten“. Wer weiß? Mit freundlichen Grüßen aus der Drei-Drittel-Gesellschaft

Conny Ernst

## Bush im Himmel

Die Lage für Dabbeljuh ist nicht mehr sehr rosig. Sein Volk misstraut ihm. Und das, obwohl sein Blick immer wieder so vertrauensvoll wegkippt, verklärt nach oben, direkt ins himmlische Licht. Das hat ihn nun endlich mal richtig erleuchtet. Denn heißt es nicht:

Vater unser im Himmel, geheiligt werde dein Name. Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel so auf Erden.

Wie im Himmel so auf Erden! Genau. Wer den Himmel hat, der hat auch die Erde wieder fest im Griff. Also unterschrieb Dabbeljuh flugs ein Programm, nach dem jedem Land der Zugang zum All verwehrt werden soll, das den „USA feindlich“ gegenüberstehe. Denn: „Der Handlungsspielraum im All ist für die Vereinigten Staaten genauso wichtig wie zur See und auf dem Land“. So steht es nun also im Papier zur „Nationalen Welt-raumpolitik“.

• MILIANE MAUS

## Argus



### Drehkreuz für den Tod

Leipzigs Flughafen sei im Aufwind, verkündet die LVZ und ihr Berichterstatter Stefan Poppitz konnte sich vor Begeisterung gar nicht mehr einkriegen. Im „Präsidium“ der Pressekonferenz fanden nicht mal alle Vertreter jener „Airlines“ Platz, die von hier aus starten und landen. Und dann zählt er auf, wer alles und wohin vom „Airport Leipzig-Halle“ fliegt. „Wieder im Programm erscheinen beispielsweise Tel Aviv, Kairo und das kenianische Mombasa ...“

Keine Zeile liest man bei Poppitz jedoch von einer Fluggesellschaft und ihrem Ziel, die seit einiger Zeit Leipzig-Halle als Drehkreuz für ihre todbringende Flüge nutzt – der „World Airways“. Ihr Flugziel: Irak und Afghanistan. Ihr Auftraggeber: Das Pentagon. Die von dieser „privaten“ Fluggesellschaft organisierten Militärtransporte dienen der Rotation des US-Kampfpersonals, das während und nach den Einsätzen im Irak oder in Afghanistan zur Auffrischung in ihre Heimatkasernen geflogen wird. Bisher liefen diese Truppentransporte über den irischen Airport Shannon. Doch da dort der Nachtbetrieb nur beschränkt wahrgenommen werden kann, hat sich das Pentagon nunmehr für Leipzig mit seinem uneingeschränkten 24-Stunden-Betrieb entschieden.

Dass sich die Leipziger Flughafenbosse mit der Landeerlaubnis für diese US-Truppentransporte Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Krieg leisten, stört sie offensichtlich nicht. Spült doch dieses Geschäft für die Lande- und Startgebühren sowie für sonstige Nebeneinkünfte im Monat mindestens zehntausend Euro in die Kassen.

Bleibt die Frage, wie lange die politisch Verantwortlichen des Landes und der Kommune – indem sie diese mörderische Geschäft der Flughafengesellschaft dulden – diesem Völkerrechtsbruch noch tatenlos zusehen wollen.

Am vergangenen Wochenende (21./22. Oktober) wurde eine Glasscheibe des Leipziger Abgeordnetenbüros des Landtagsabgeordneten und Stadtrates Dr. Dietmar Pellmann durch Steinwürfe beschädigt. Da es bereits in der Vergangenheit öfter zu Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der rechten Szene gekommen ist, muss vermutet werden, dass dieser Angriff nur eine neue Qualität der Aggression der rechten Szene in Leipzig und in Grünau darstellt.

Dr. Pellmann wird sich auch durch solche gezielten Angriffe nicht von seinem Engagement für die sozial Benachteiligten und seinem konsequenten Agieren gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit abbringen lassen.“

## Deutschland erwacht wieder

Soweit aus der Presseinformation.

Lebensbedrohlich waren Naziangriffe bereits für den schwerstbehinderten Uwe Adamczyk. Am 20. September hatte der antifaschistisch und behindertenpolitisch engagierte Linkspolitiker aufgrund des zunehmenden Terrors gegen ihn mitgeteilt, dass er seine sächsische Heimatstadt Merane verlässt und vorläufig Unterschlupf bei Freunden gefunden hat.

Da man seiner nun nicht mehr direkt habhaft werden kann, nehmen erschütternde Verunglimpfungen gegen ihn auf einer Nazi-Internetseite zu. In der Art:

„Dieser geisteskranke Antifaverbrecher sollte noch viel mehr von seiner eigenen Medizin zu kosten bekommen. Was fällt diesem verdammten Krüppel denn ein?! Außer seinem hochanständigen Hass gegen Nazis kann so eine deformierte mitteldeutsche Ausgabe eines Contergan-Kindes der Gesellschaft, die es durchfüttert, wohl nichts weiter bieten? Naja was soll so ein Kriebel mit seinen eigenen Händen auch schaffen? Soll Uwe Adamczyk doch froh sein, dass er hier als gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ballast mit durchgeschleppt wird und das schiefe Maul halten.“ • M. W.

## Lärmterror über Schkeuditz

Protest vor dem Bundesverwaltungsgericht am 24. Oktober



Foto: Eiltzer

Wobei, beim Lärmterror ist nicht das einzige Problem. Siehe nebenstehenden Argus-Beitrag. Vorerst aber ist die Gefahr für die Schkeuditzer Flughafen-Anwohner auch nicht gerade gering. 1500 bis später 2000 Tonnen Fracht pro Jahr, die hier auf dem DHL-Flugkreuz umgeschlagen werden sollen, das sind jede Nacht 50 Starts und 50 Landungen. Die „weit vorangeschrittene Investition“ soll 10 000 Arbeitsplätze bringen. Für die Richter vom Leipziger Bundesverwaltungsgericht ein schlagendes Argument gegen den Ausbaustopp oder wenigstens gegen das geforderte Nachtflugverbot. Und doch nur ein Totschlagargument. Man erinnere sich: Sollte BMW nicht beispielsweise auch 10 000 Arbeitsplätze schaffen? Wenn es heute mal die Hälfte wären ...

## LESER MEINEN

### Schumi-Zeit ade

Was soll die lästige Diskussion über Prekariat, Unterschicht und Armut? Es gibt Schlimmeres: Die Schumi-Zeit ist zu Ende. Da läuteten Sonntagabend des 22. Oktober Kirchenglocken, bei vielen blieb kein Auge trocken, ja selbst Oma war fassungslos. Es ist unvorstellbar: Der siebenmalige Formel 1-Weltmeister, der Unsterbliche, der Frauenschwarm rast nicht mehr über die Pisten. Freund wie Kontrahent werden seine einmalige Skru-

pellosigkeit vermissen. Auch führende Politikerinnen und Politiker sind betrübt und finden gute Worte für das Vorbild der Nation. Das Konterfei des deutschen Patrioten Michael Schumacher, der für die italienische Marke Ferrari fuhr und im Ausland wohnt, wird nun nicht mehr so oft in den Medien sein, und über seinen Gesundheitszustand werden wir weniger erfahren. Das ist bitter. Aber vielleicht gibt es doch noch ein Wunder und der millionenschwere Held macht nach Bitten Schumi besessener ALG II-Empfänger einfach weiter?

GÜNTHER RÖSKA, LEIPZIG



● **LN:** Am 26. Oktober hat die Bundesregierung das Gesetz über eine neue Gesundheitsreform gebilligt. Nur einen Tag später fand dazu im Bundestag die 1. Lesung statt. Wie würden Sie dieses umfangreiche Gesetzeswerk charakterisieren?

**Dietmar Pellmann:** Natürlich müssen wir das fast 600 Seiten dicke Monstrum erst detailliert prüfen. Dennoch lässt sich jetzt bereits feststellen: Von einer Reform, die bekanntlich die Verbesserung des Bestehenden beinhalten müsste, kann erneut keine Rede sein. Eine wirkliche Reform des deutschen Gesundheitswesens wäre aber dringend notwendig. Dass, was aber seit Mitte der achtziger Jahre von den jeweiligen Bundesregierungen unter dem Reformbegriff verkauft wurde, hat keines der angestauten Probleme gelöst, vielmehr zu einer erheblichen Mehrbelastung der gesetzlich Krankenversicherten durch Beitragssteigerungen, Ausdünnung des Leistungskatalogs der Krankenkassen und erhöhte Zuzahlungen geführt. Dieses Schicksal droht auch der neuen „Gesundheitsreform“, die wie ihre Vorgängerinnen bereits vor ihrem Inkrafttreten gescheitert ist.

● **Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat das neue Reformwerk als eine gute Grundlage bezeichnet; und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel stimmt in diese Lobeshymne ein. Auf der anderen Seite hagelt es seit Monaten massive Kritik aus allen Lagern. Wäre es da nicht besser, wie ja bereits in fast allen politischen Lagern gefordert, den gesamten Gesetzentwurf zu den Akten zu legen und völlig neu zu beginnen?**

Das könnte man sich wünschen; aber Politik ist keine Wunschveranstaltung, sondern knallharter Machtpoker. Die Regierungskoalition hat die „Gesundheitsreform“ zu einem der Schwerpunkte in dieser Legislaturperiode erhoben; und die Bundeskanzlerin hat faktisch ihr politisches Schicksal gar damit verbunden. Inzwischen geht es daher schon gar nicht mehr vordergründig um Inhalte, sondern nur noch um irgendein Gesetz, das es auf jeden Fall geben wird. Aber die eigentlichen Probleme werden erneut nicht gelöst.

● **Die Angelegenheit ist verwirrend. Was sind die eigentlichen Probleme?**

Da gibt es viele. Deshalb möchte ich nur einige nennen. Die Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenversicherung wird sich nicht verbessern. Allerdings sind bereits Beitragssteigerungen avisiert. So könnte allein der monatliche Beitragssatz für die Versicherten bei der sächsischen AOK um bis zu drei Prozentpunkten steigen, ohne dass es zu Leistungsverbesserungen kommt. Denn das bisherige System von Praxisgebühr und horrenden Zuzahlungen für Medikamente, Heil- und Hilfsmitteln sowie stationäre Betreuung bleibt unangetastet. Die private Krankenversicherung bleibt als Parallelsystem zur gesetzlichen Versicherung bestehen. Ob die wenigen im Gesetzentwurf verankerten Einschränkungen überhaupt Bestand haben werden, muss abgewartet werden. Eine Einbeziehung der Privaten in die Mitfinanzierung eines solidarischen Gesundheitswesens wird es mit der gegenwärtigen Regierungskoalition nicht geben. Die Arbeitsgeber entziehen sich immer mehr der paritätischen Mitfinanzierung. So wird der in Aussicht genommene Zusatzbeitrag, den gesetzliche Kassen bis zu einem Prozent des Bruttoeinkommens er-

# Fluch oder Segen?

**LN-Interview mit MdL Dr. Dietmar Pellmann zur so genannten neuen Gesundheitsreform der Bundesregierung**

heben können, ausschließlich von den Versicherten zu zahlen sein.

Ein Hauptmangel des deutschen Gesundheitswesens, nämlich die strikte Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung der Patienten, wird nicht ernsthaft angetastet. Aber diese Trennung, so haben es Experten berechnet, führt zu Mehrausgaben von bis zu 30 Milliarden Euro im Jahr. Lediglich bei schwersten Erkrankungen soll den Krankenhäusern auch eine ambulante Versorgung möglich sein.

Relativ ruhig verhalten sich die Pharmakonzerne. Das ist auch verständlich, denn deren Höchstprofite sollen auch künftig nicht beschnitten werden. So ist erneut nichts von einer Positivliste für Medikamente im Gesetzestext zu lesen. Und was nun die gesetzlichen Krankenkassen betrifft, für die es nur noch einen Spitzenverband geben soll: Genau dieser Spitzenverband könnte zu einem zusätzlichen bürokratischen Instrument werden, denn die verschiedenen gesetzlichen Kassenstrukturen werden wohl kaum auf die bisherigen Vertretungen verzichten.

● **Nun zum so genannten Herzstück der „Reform“, dem Gesundheitsfonds. bewirkt er wirklich einen besseren Wettbewerb zwischen den Krankenkassen? Außerdem, ist der künftige Einheitsbeitrag nicht der Einstieg in die Einheitskasse, die viele Vertreter der Linken wollen?**

Ob dieser Gesundheitsfonds überhaupt kommen wird, ist nicht sicher. Immerhin wurde seine Einführung auf Januar 2009 verschoben, also bis zum Beginn des Jahres der nächsten Bundestagswahlen. Auf diesen Fonds hat bekanntlich die CDU bestanden, die allerdings weder etwas von Bürgerversicherung noch Einheitskasse wissen will. Vielmehr soll damit eine Ausgangsbasis für die Einführung einer Kopfpauschale geschaffen werden, wenn es 2009 zu einer anderen Koalition kommen sollte.

Einen Wettbewerb zwischen gesetzlichen Krankenkassen, die das Geld der Mitglieder verwalten, brauchen wir nicht. Außer-

dem sind 95 Prozent des Leistungsangebotes der gesetzlichen Kassen ohnehin gleich. Sicher ließe sich bei den Verwaltungskosten noch etwas sparen. Aber auch hier sind Grenzen gesetzt, denn sie betragen im Durchschnitt fünf Prozent der Gesamtausgaben. Wenn überhaupt Wettbewerb, dann von mir aus um die beste medizinische Betreuung der Patien-

## Geld alle – AOK-Patient muss warten

Bei Ihrer Gesundheitskasse, der AOK SACHSEN, ist – wie alle Jahre wieder – seit Oktober das Geld alle! Allerdings, wenn die Zahnärzte das nicht an die große Glocke hängen, so hat man ihnen versprochen, bekommen sie als Belohnung eventuell nur 20 und nicht, wie voriges Jahr, 40 Prozent des (vertraglich zugesicherten) Honorars abgezogen. Ob nun 20 oder 40 Prozent des Geldes vorenthalten werden, ist letztlich egal. Weder zu dem einen noch zu dem anderen Preis ist die Arbeit in den Praxen qualitätsgerecht zu erbringen. Das heißt, der Zahnarzt Ihres Vertrauens ist dringend gehalten, nur noch das Nötigste zu tun. Für AOK-Versicherte sind das nur noch die Kontrolluntersuchungen und Notfallbehandlungen. Alles andere muss wegen der zu knapp kalkulierten Mittel der Gesundheitskasse, wie je-des Jahr bis Januar verschoben werden. Immerhin, andere Krankenkassen stellen ausreichende Mittel für die Zahnbehandlung ihrer Versicherten bis zum Jahresende bereit. • WART

ten. Das ist aber Sache der Ärzte und anderen Leistungsanbieter.

● **Der sächsische Ministerpräsident hat offen gelassen, wie er sich zum Reformpaket der Bundesregierung verhalten wird. Hat Sachsen überhaupt ein Mitspracherecht und wie erklärt sich der Wackelkurs von Georg Milbradt?**

Dem Gesetz muss auch der Bundesrat zustimmen. Daher haben wir im Landtag die Staatsregierung aufgefordert, gegen das Gesetz zu stimmen, selbst wenn unsere Gründe mit denen des Ministerpräsidenten nun wahrlich nicht übereinstimmen. Für Georg Milbradt geht das Gesetz nicht weit genug. Er will den eventuell zu erhebenden Zusatzbeitrag nach oben offen lassen und nicht bei einem Prozent deckeln. Das wäre eine zusätzliche Belastung für die gesetzlich Versicherten und eine weitere Bevorteilung der Arbeit-

geber. Völlig unangetastet will Milbradt die private Krankenversicherung lassen. Und schließlich ist er gegen den Einheitsbeitrag, weil die Mehrheit der gesetzlich Versicherten Sachsens erheblich draufzahlen müssten. Diese Verweigerungshaltung ist sogar verständlich, denn auch die sächsische CDU will bei bevorstehenden Wahlen nicht nur auf die Minderheit der privat Krankenversicherten setzen. Dennoch vermisst man jeglichen ernsthaften Reformvorschlag der sächsischen Landesregierung.

● **Apropos Reformvorschläge. Welche hat die Linkspartei?**

Ich hatte bereits angedeutet, dass auch wir seit Langem eine Reform des Gesundheitswesens für dringend erforderlich halten. Wir haben daher auch seit Jahren ein alternatives Gegenkonzept entwickelt, das wir allerdings noch weit aus mehr in die Öffentlichkeit tragen müssen, um deutlich zu machen, dass das Konzept der Bundesregierung keineswegs alternativlos ist und unsere Vorstellungen keine unerfüllbaren Visionen, sondern in der praktischen Politik umsetzbar sind. Wir bleiben bei unserer Forderung nach einer solidarischen Bürgerversicherung, in die alle unter Berücksichtigung sämtlicher Einkünfte einzahlen. Die Versicherungspflichtgrenze wäre ebenso aufzuheben wie die Beitragsbemessungsgrenze, ohne dass aus der unterschiedlichen Höhe der Beiträge unterschiedliche Leistungsansprüche erwachsen. Freilich würde es in unserem Konzept keine Privatkassen als Vollversorgungskassen mehr geben. Die Privaten könnten dann nur noch Zusatzleistungen versichern. Schrittweise sollte es zur gesetzlichen Einheitskasse kommen. Auch unsere alte Forderung zur Einzahlung der Arbeitgeber nach der Bruttowertschöpfung bleibt weiter aktuell. Allein diese Maßnahmen würden zu einem monatlichen Krankenkassenbeitrag unterhalb von 10 Prozent führen.

Darüber hinaus sind Strukturveränderungen im gesamten Gesundheitswesen überfällig. Das betrifft, um es noch einmal zusammen zu fassen, die Aufhebung der strikten Trennung von ambulanter und stationärer Betreuung, die Einführung einer Positivliste für Medikamente, die Förderung von Polikliniken, ohne die privaten Arztpraxen grundsätzlich in Frage zu stellen, höhere Ausgaben für Prävention und mehr Rechte für Patienten und deren Vertretungen.

● **Lassen sich diese Vorschläge wirklich umsetzen? Dem wird doch entgegen gehalten, dass es hier unüberwindliche Barrieren des Grundgesetzes gibt.**

An Barrieren des Grundgesetzes sollten unsere Vorstellungen nicht scheitern. Es wäre doch nicht das erste Mal, dass die Verfassung geändert würde. Und natürlich sind wir für Übergangsphasen. So dürfen Beamte gegenwärtig gar nicht Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung sein und haben Versorgungsansprüche erworben, in die wir nicht einfach eingreifen sollten. Aber es ist nicht einzusehen, weshalb das auch für neu zu berufende Beamte gelten soll.

*Der Leipziger Stadtvorstand der Linkspartei gab eine Broschüre „Fluch oder Segen – Reden zu aktuellen Aspekten der Gesundheitspolitik“ mit Reden unseres Interviewpartners, dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, heraus.*



Michael K. Dobisch

**Die kommunale Energieversorgung hat Tradition in Leipzig.** Vor mehr als 100 Jahren erwarb die Stadt von der Firma Siemens die Energieversorgungsbereiche, weil sie damals mit bestimmten Geschäftsgebaren des Unternehmens nicht mehr zufrieden war. Im Jahre 2006 stehen wieder Vorhaben zur Diskussion, bei denen die Leipziger fürchten, im „Interesse“ der Stadt irgendwann draufzahlen zu müssen. Eine komplizierte Materie nicht nur für Juristen und Stadträte. Und viele Fragen, die mit Kompetenz und dem Nerv für Soziales diskutiert werden müssen.

**DR. ILSE LAUTER**, Vorsitzende der Linken im Stadtrat gegenüber LN: „Die deutliche Ablehnung des anteiligen Stadtwerke-Verkaufs ist das Ergebnis einer ausführlichen Diskussion in der Fraktion. Die Stadtwerke Leipzig sind mit ihrer Wirtschafts- und Steuerkraft ein zu wichtiger Faktor für die nachhaltige Gestaltung strategischer Kommunalpolitik, als dass sie für die Erzielung eines einmaligen Erlöses preisgegeben werden könnten. Es würde nicht von Weitsicht zeugen, das Tafelsilber zu verschleudern, um einmal eine teure Mahlzeit zu bezahlen“

• Überlegungen aus anderen Stadtratsfraktionen streben radikale Lösungen für die Spitze der gesamten LVV-Gruppe (Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH) an. Wie sieht das Die Linke.PDS? „Eine solche Privatisierung von oben würde einen sorgsam, auf nachhaltige Wirkung bedachten Umgang mit kommunalen Vermögen drastisch beschränken, wenn nicht gänzlich verbauen. Außerdem: Dieses Vermögen

wurde über viele Jahrzehnte hinweg akkumuliert. Als verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker kennt die Fraktion natürlich die prekäre Haushaltssituation. Das Regierungspräsi-

Gesellschaften perdata und HL Komm zu veräußern, allerdings nur unter der Bedingung, dass sie unter einem neuen unternehmerischen Dach ihren Sitz in Leipzig behalten.

## Nein! Zum Stadtwerkeverkauf Ja! Zu durchdachter Umschuldung

um Leipzig setzt den Oberbürgermeister mit den Auflagen zur Aufhebung der Haushaltssperre unter Druck. Gerade deshalb kommt es in dieser äußerst komplizierten Lage darauf an, einen kühlen Kopf zu bewahren, um keine schwerwiegenden, später nicht mehr korrigierbaren Ad-hoc-Fehlentscheidungen zu treffen.“

• Da Die Linke.PDS nicht die Rolle der Fundamentalopposition übernehmen, sondern belastbare Konzepte für die Rückgewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit unterbreiten will, hat sie Vorschläge zum angeblich alternativen Kurs der Privatisierung der Stadtwerke erarbeitet. Was verbirgt sich dahinter?

„Die Entschuldung des Kommunalhaushalts und die Entschuldung der LVV sachlich und logisch voneinander zu trennen. Wichtig ist, dass das Gesellschafterdarlehen der LVV abgelöst wird, das die Stadt der LVV gewährt hat. Damit würde die Stadt Leipzig schnell Liquidität gewinnen. Die LVV müsste dafür einen Bankkredit aufnehmen, was zu günstigeren Konditionen möglich ist. Weil dafür beträchtliche Finanzflüsse erforderlich sind, sollten Privatisierungen an anderen Stellen ins Auge gefasst werden, jedoch nicht im Bereich der Daseinsfürsorge. Ein gangbarer Weg wäre, die beiden

• Muss also für die Stadtwerke die Strategie lauten, Gewinne anzuhäufen?

„Mit einer Stadt als Haushälterischer Hüterin des Tafelsilbers wird diese Herausforderung bestanden, nicht jedoch mit einer Stadt, die auf dem Basar der Unternehmensverkäufe außer einem flüchtigen Einmal-Betrag nichts gewinnen kann. Aber auch Beteiligungen von Leipziger Bürgern, allen voran der Mitarbeiter der Stadtwerke am Unternehmen, sind nach Ansicht der Linksfraktion denkbar. Dafür kommen so genannte Genuss-Scheine in Frage, die komplizierte aktienrechtliche Veränderungen vermeiden helfen. und die Stadtwerke als gesundes und ertragsstarkes Leipziger Unternehmen in die Lage versetzen, auch in Zukunft eine zentrale Rolle beim Ausschöpfen strategischer Gestaltungsspielräume der Leipziger Kommunalpolitik zu spielen.“

• Geht es dabei auch um kurzfristige Umsetzbarkeit ohne Preisgabe langfristiger Handlungsspielräume?

„Ja. Leipzig würde zwei bis drei Jahre Zeit gewinnen, in denen die Rolle der Kommunalunternehmen für die Zukunft ernsthaft und nicht überstürzt geprüft werden könnte. In dieser Zeit käme es darauf an, die Rolle der LVV im Verhältnis zu ihren Töchtern neu zu definieren und entsprechende Schritte einzuleiten. Starke städtische Unternehmen werden gebraucht – im wirtschaftlichen Wettbewerb ebenso wie für bezahlbare Leistungen für die Leipziger und als Garanten kommunaler Finanzkraft.“



**Die Drogerie Linke am Petersteinweg schließt.** Das Ehepaar Gabriela und Peter Linke hat das Traditionsgeschäft zwar noch zwei Jahre nach Eintritt ins Rentenalter fortgeführt, doch nun lohnt sich's einfach nicht mehr. Einer benachbarten Redaktion sagte Peter Linke: „Unterm Strich bleibt für uns nicht viel mehr übrig als Hartz IV.“

Als Gruß zum Abschied vom Geschäft rufen wir den Beginn eines LN-Textes vom 21. 1. 2000 aus der Rubrik „Stadt-Splitter“ in Erinnerung.

### Witzlos

Im schmalen Laden am Petersteinweg hockt Frau Linke am Regal und putzt die unterste Reihe Drogeriewaren auf Hochglanz; ihr Mann bedient eine Kundin. Mein Eintritt gibt der Drogistenfrau Gelegenheit, aus der unbequemen Haltung zu kommen und sich am Ladentisch zu postieren.

Während ich die gerade bezahlten „Tüff“-Flaschen einstecke – welcher Drogeriemarkt führt das Rasierwasser aus Leinefelde schon!\*, reicht Frau Linke den Kassenzettel etwas zu schwungvoll über den Tisch. „Wenn ich mich bücken muss, dürfen das die Kunden auch mal“, scherzt sie. „Spaß muss sein“, sage ich, „heute zumal.“ – „Aber er wird immer rarer“, erwidert die Geschäftsfrau. Die Türe freundlich öffnend, fügt sie hinzu: „Man hört ja kaum noch Witze.“

• G. BRAUN

\* Zurzeit Rossmann.

Eine Aktion der Stadtwerke verspricht jetzt das „familien-extra“. Das Familienleben in Leipzig soll damit für zunächst drei Jahre gefördert werden. LN fragt: Wären nicht bezahlbare Strompreise am familienfreundlichsten?

## Sandkastenspiele sofort beenden

Wer beispielsweise im Grünauer Wohnkomplex acht sein Zuhause hat, der kann schon manchmal Zustände kriegen, wenn er die Tageszeitung aufschlägt oder sich im Viertel umhört. „Unklare Zukunft für Grünau“, so eine Überschrift verunsichert und nährt Befürchtungen, dass eines Tages die Abrissbirne oder auf neudeutsch der „Rückbau“ vor dem eigenen Wohnzimmer nicht haltmacht. Mit Nachdruck fordert deshalb der in diesem Stadtteil direkt gewählte Landtagsabgeordnete Dietmar Pellmann: „Es muss endlich Schluss sein mit weiteren Sandkastenspielen hinter den Kulissen und der weiteren Verunsicherung der Grünauerinnen und Grünauer.“

Es geht um sichere Perspektiven und nachvollziehbare Erklärungen, die jedoch alle Betroffenen einbeziehen müssen. Unsichere Aussichten, die eigene Wohnadresse betreffend, haben schon in den vergangenen Jahren eine Abwanderung von Anwohnern teilweise mitverschuldet.

Und auch die Leipziger Wohnungsbau-Gesellschaft, die ihren Grünauer

Bestand auf ein Fünftel reduzierte, trug nicht gerade zu einer Stabilisierung und zum Umsteuern dieser Situation bei.

Wer, wie jetzt aus Planspielen der Stadtverwaltung ersichtlich, flächendeckend intakte Wohnsubstanz durch Bäume „ersetzen“ möchte, sollte das nicht mit ökologischen Gesichtspunkten begründen.

Niemand behauptet, dass die Grünauer Probleme mit einem Federstrich zu lösen sind, aber hier geht es um den wohl sensibelsten Lebensbereich von Menschen. Trotz derzeit großer Leerstände im Wohnkomplex 8 gibt es auch dort viele Genossenschaftler und Mieter, die dort gern bleiben würden und beispielweise die Nähe des Kulkwitzer Sees auch in Zukunft nicht missen möchten. Ja, Grünau ist eine attraktive Wohngegend, gerade auch für Leipziger, deren Familienkasse nicht überquillt. Und sollte sich ein Abriss tatsächlich nicht vermeiden lassen, dann müssen die Rechte von Mietern und Genossenschaftlern gewahrt werden. Siegfried Schlegel, Sprecher der Linkspartei für Stadtentwicklung, betont: „Es ist die soziale Pflicht des

Vermieters, die Mitglieder der Genossenschaft auf ihre berechtigten Ansprüche wie die Übernahme der Umzugskosten hinzuweisen. Es trifft nicht zu, dass diese Kosten nur beim Umzug in eine andere Wohnung der eigenen Genossenschaft zu gewähren sind. Ebenso besteht freie Wahl der Umzugsfirma, wenngleich Kosten natürlich nur in ortsüblicher Höhe übernommen werden.“ Im Übrigen kann jede Wohnungsgenossenschaft selbst Kontakt zu anderen Eigentümern aufnehmen und anstehende Kostenfragen ins Gespräch bringen. Viele der derzeitigen Probleme sind hausgemacht und auch darauf zurückzuführen, dass sich nicht alle Wohnungsgenossenschaften auf den sicher notwendigen Stadtbau genügend vorbereitet haben. Es muss darüber geredet und alternativ diskutiert werden, aber bitte vor aller Augen und Ohren. Auch an die stärkere Nutzung des Forums Grünau, für den Meinungsaustausch zwischen Mietern, Wohnungseigentümern, Stadtverwaltung und Stadträten, muss in dieser Hinsicht wieder gedacht werden.

• JO.

### Courage Leben

**KINO UND FILME**, Diskussionen und Lesungen – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Vom 9. bis 17. 11. steht im CINEDING in der Leipziger Karl-Heine Straße zum 5. Mal eine Medienwoche unter der Überschrift „Courage Leben“ auf dem Programm. Inzwischen weit über die Grenzen der Stadt zu einer kulturellen und politischen, man muss schon sagen, Instanz geworden.

Auch diesmal haben die Organisatoren A. Sobotta und J. Hemkentokrax Tage und Wochen zuvor telefoniert, korrespondiert und organisiert.

Filmemacher, Autoren, Zeitzeugen haben bereits zugesagt. In diesem Jahr gibt es außerdem erstmals einen Initiativtag an dem Leipziger Projekte, Vereine, Initiativen und Organisationen ihre Aktivitäten und Arbeiten gegen rechtes Gedankengut im CINEDING zur Diskussion stellen werden.

Es beginnt am 9. 11. mit „Winterkinder“. In diesem Film begibt sich der Enkel auf Spurensuche nach der NS-Vergangenheit des Großvaters, der Herkunft seiner Mutter und somit letztlich nach der eigenen Identität. Die Dokumentation „Krawatte statt Springerstiefel“ blickt hinter die Kulissen der NPD.

(SIEHE AUCH LN-FILM- UND FERNSEHLINK)

• M. Z.





Ortsfremde Autofahrer treten in der Dämmerung schon mal vorsichtshalber auf die Bremse. Fahrgäste der Straßenbahn nehmen seit Wochen die muntere Kindergruppe aus anderer Perspektive, aber auch leicht irritiert, zur Kenntnis. Auf einem vielbefahrenen Leipziger Verkehrsknotenpunkt (Jahnallee-Tröndlinring-Goerdelerling) sind noch bis Mitte November völlig überraschend „Kinder im Weg“. Ihre Eltern sind Malerin Franziska Möbius und Bildhauer Stephan Voigtländer. Nur selten berühren sich Kunst und Leben so unmittelbar wie bei diesem Projekt.

Vielleicht liegt es auch daran: Kinder dringen hier unmittelbar und ungeschützt in ein Territorium ein, das laut Verkehrsregeln den Erwachsenen vorbehalten ist. Hier erobern sich Knirpse mit ihrem Reifen, ihrem Stuhl, ihrer Kletterstange einen Lebensraum, obwohl (auch tödliche) Gefahren an jeder Ecke lauern. Ursprünglich sollte die Gruppe am

Hauptbahnhof toben, aber das wurde „wegen Gefährdung“ der Autofahrer unterbunden

„Kinder im Weg“ der Name dieser In-

stallation könnte über ungezählten Artikeln und Berichten stehen, die im Moment per Zeitung auf den Frühstückstisch flattern und per Bildschirm ins Wohnzimmer flimmern und nicht nur Verkehrs-, sondern vor allem Lebensregeln dieser Gesellschaft vor Augen führen und brutal infrage stellen. Das bestätigt auch die Diskussion, die recht heftig im Internet über diese Straßenkunst-Aktion geführt wird. „Sind Kinder tatsächlich im Weg, nicht nur auf den Straßen, sondern vielleicht auch im Leben?“, wird da gefragt.

Bei den aktuellen und manchmal auch medial verlogenen Aufregungen dürfen jedoch uralte Menschheitserfahrungen nicht unterschlagen werden. Eltern

## Kinder im Weg

reagieren dann „schwierig“, wenn gesellschaftliche Verhältnisse sie offenbar langsam aber sicher um ihren gesunden Menschenverstand bringen. Das erfuhren schon die Brüder Grimm:

*Vor einem großen Walde wohnte ein armer Holzhacker mit seiner Frau und seinen zwei Kindern. (...) Er hatte wenig zu beißen und zu brechen, und einmal als die große Teuerung ins Land kam, konnte er das tägliche Brot nicht mehr schaffen. Wie er sich nun abends im Bette Gedanken machte und sich vor Sorgen herumwälzte, seufzte er und sprach zu seiner*

*Frau: „Was soll aus uns werden?“ „Weißt du was, Mann“, antwortete die Frau, „wir wollen morgen in aller Frühe die Kinder hinaus in den Wald führen (...) und lassen sie allein. Sie finden den Weg nicht wieder nach Haus, und wir sind sie los.“*

Ob die Kinder, die dieser Tage Opfer unserer Verhältnisse geworden sind, „Hänsel und Gretel“ überhaupt noch beim Vorlesen kennengelernt haben, oder bekamen sie vielleicht nur die schreienden und fordernden „Joghurt- und Nudelgeschwister“ aus dem Werbefernsehen vorgesetzt? Wer viel mit Kindern lebt, wird erkennen, dass keine äußere Einwirkung auf sie ohne Gegenwirkung bleibt. Auch so ein uralter Satz, diesmal von Goethe. Ab und an, waren in diesen Tagen auch Eltern zu beobachten, die mit ihren Sprösslingen die Kinder aus Holz und Farbe „besucht haben“... nicht nur im Vorbeigehen. Noch ist Gelegenheit dazu.

• MIZO



Wenn die Erwachsenen wüssten, wie furchtbar alleine die Kinder sind, die andauernd Unfug machen und keine Gefühle zeigen.

Maxie Wander



Fotos: G. Märker

Ein Kind ist ein mit allen Gaben der menschlichen Natur ausgestattetes Wesen, deren noch keine entwickelt ist: eine noch nicht geöffnete Knospe.

Johann Heinrich Pestalozzi

Eine der auf dieser Seite beschriebenen Kinderplastiken wurde kürzlich durch Langfinger aus dem Ranstädter Steinweg „entfernt“. Gezielte Steinwürfe beschädigten eine Glasscheibe des Büros von Stadtrat Dietmar Pellmann in Grünau. Keine Zufälle, sondern nur zwei aktuelle Beispiele unterschiedlichster Leipziger Alltagskriminalität. Wie ist die Wahrnehmung der „gefühlten Kriminalität“ im Land? Eine spannende und schwierige Frage.

In den elektronischen Medien, ob privat oder zunehmend öffentlich-rechtlich, gelten Mord und Totschlag inzwischen als sichere Quotenbringer. So wird ein verzerrtes Bild der Gesellschaft gezeichnet. Zu den Ergebnissen einer bundesweiten Studie des kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen gehört, dass die

Kriminalität in Deutschland in den letzten Jahren gesunken ist. Der Chef dieses Hauses Prof. Dr. Christian Pfeiffer referierte dazu in der Aula der Alten Nikolaischule, assistiert u. a. vom Landespolizeipräsidenten Klaus Fleischmann und

von Wiebke Steffen, Mitglied im Weißen Ring. „Die zunehmende Vergreisung des Landes fördere die innere Sicherheit, denn ältere Leute sind nicht mehr so aggressiv wie jüngere.“ Mit dieser Bemerkung hatte der Mann aus Hannover zumindest die ersten Lacher auf seiner Seite. Und obwohl er letztlich bewies – Pfeiffer ist wie immer ein absoluter Zahlenfetischist – dass die Kriminalität allgemein in den letzten zehn Jahren in Deut-

schland gesunken ist, gaben sich in der Diskussion die zahlreichen Zuhörer damit nicht zufrieden. Und so entlockten sie der kompetenden Runde doch auch noch einige andere Wahrheiten. Da gab es interessante Zusammenhänge zwischen

### Kriminalität und Statistik

Politik und Kriminalität. „So setzte die Politik gerade in diesem Bereich zunehmend auf Demoskopie und nicht auf die Meinung der Wissenschaft“ – ärgerte sich Pfeiffer. Und er nannte Gerhard Schröder als Beispiel, der seinerzeit aus wahltaktischen Gründen sehr schnell für populäres „Wegsperrn auf Lebenszeit“ bei Sexualdelikten plädierte. „Wenn demoskopisch erfragtes gesundes Volksempfinden die Politik beeinflusst, dann ist das

für das allgemeine Rechtsempfinden nicht unproblematisch.“

Die Wahlerfolge der NPD tragen dazu bei, dass Gleichgesinnte jetzt glauben – und es auch tun –, stärker „Flagge zeigen“ zu müssen. Die Statistiken zeigen das für ganz Deutschland. Wer glaubt, das beruhigt sich wieder, der irrt. Nachfragen aus dem Publikum beförderten auch die (nicht neue) Erkenntnis, dass sich Kriminalität und soziale Schwierigkeiten bedingen und die so genannte „gefühlte höhere Kriminalität“ unserer Zeit in der Regel auch an andere Lebensängste gekoppelt ist. Sachsen wird sich 2007 einem Projekt anschließen, das sich um junge Mütter kümmert, damit eventuelle soziale Verzweiflungstaten an Kleinkindern verhindert werden. Schlimm, dass das notwendig ist.

• M..J.



## Minsk im Blick

Vorige Woche trafen sich Vertreter Sachsens und Weißrusslands in Leipzig zu einem Wirtschaftsforum. Auf Initiative der IHK verhandelten sie mehrere Tage über Kooperationen.

Bisher sind nach Angaben der Kammer mehr als 400 deutsche Unternehmen in Weißrussland aktiv. Auch Maschinenbau- und Holzbearbeitungsbetriebe aus Chemnitz und Dresden gehören dazu. Im kommenden Frühjahr werden sie ihre Geschäftsbeziehungen ausbauen können – die IHK plant eine Reise sächsischer Firmen nach Minsk. Viktor Serenkov, Repräsentant der weißrussischen Industrie- und Handelskammer für Deutschland und Westeuropa, verwies in Leipzig auf attraktive Steuer- und Zollbestimmungen seines Landes und auf die Unterstützung von Seiten der Verwaltung. Also völlig normale Businesskontakte?

Nicht ganz. Frisch in Erinnerung ist die Kampagne, die die Regenten in Minsk kippen sollte – nach dem Drehbuch für die orangene „Revolution“ der Ukraine. Ob Sachsens Ausbau der Beziehungen zu Weißrussland Mr. Bush und allen NATO-Verbündeten gefällt, ist fraglich. Doch besser als Konfrontation ist er bestimmt. Auch Eigennutz kann eine Lanze für Vernunft brechen. • G. BRAUN

# Linksfraktion erarbeitet Alternativ-Etat

## Doppelhaushalt 2007/2008 soll Fördermittel stark konzentrieren

LN. Auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Peter Porsch wird die Linksfraktion des Sächsischen Landtags zum vierten Mal einen *Alternativen Haushaltsansatz* erarbeiten. Dem Entwurf für den Doppelhaushalt 2007/2008 wird ein eigenes Fördermittel-Konzept beigefügt. Der wieder unter Federführung von Ronald Weckesser entstehende Alternativ-Haushalt konzentriert die Fördermittel in sechs statt bisher 15 Förderbereichen:

1. Arbeit und Beschäftigung, 2. wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, 3. Wissen, Bildung, Kunst und Kultur, 4. umweltgerechtes Leben und Wohnen, 5. sozialer Zusammenhalt, 6. Zivilgesellschaft in Kommune, Region und Europa. Als Querschnittsaufgaben gelten Gleichstellung von Mann und Frau und Beachtung des demografischen Wandels. „Alle unsere Forderungen werden durch Umschichtung von Fördermitteln vor allem zugunsten

von Bildung und Beschäftigungsförderung sowie durch Einsparvorschläge gedeckt“, erklärte Prof. Porsch. Er hob zwei weitere Akzente hervor: Die Infrastrukturpauschale für Kommunen wird von 82 auf 150 Millionen aufgestockt. Und: Gelder, die der Verfassungsschutz nach Beendigung seiner verfassungswidrigen Beschäftigung mit organisierter Kriminalität nicht mehr braucht, fließen u. a. ins Programm „Weltoffenes Sachsen“.

## Verliert die Polizei Experten-Sachverstand?

### Fatale Richtung der Personalpolitik

LN. „In den nächsten Jahren werden viele hochqualifizierte Polizeibeamte in den Ruhestand gehen. Wir können aber nicht akzeptieren, dass darüber hinaus 1500 Beamtenstellen überwiegend durch Abfindungen gestrichen werden sollen“, erklärte Dr. Cornelia Ernst, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag. Ihre Fraktion fordert stattdessen die „Verbreiterung des Einstellungskorridors für junge Polizistinnen und Polizisten“.

Das Grundübel sei, so Dr. Ernst, dass die SPD in der Koalitionsvereinbarung einem Abbau der Zahl der Landesbediensteten auf 80 000 zugestimmt habe und dieser Abbau im Wesentlichen auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werde – in einem der sensibelsten Bereiche des öffentlichen Dienstes. „Wenn Experten wie hochqualifizierte Brandursachenermittler in Ruhestand gehen, darf sich die Politik nicht dumm stellen und sagen: Den Job

wird schon irgendjemand übernehmen.“

Die aktuelle Debatte um *Video-kameras* gegen Krawalle in der Dresdner Neustadt zeige, in welche fatale Richtung die Entwicklung nach dem Willen der Staatsregierung gehen soll: „Statt mehr Polizeibeamte vor Ort präventiv einzusetzen, werden die Opfer von Gewalt gefilmt, während sich verummte Täter ohne Mühe der Strafverfolgung entziehen können.“

Werde der geplante Stellenabbau Realität, habe „dieser Wahnsinn“ offenbar Methode.

## Keine Einzelfälle

LN. Infolge der Verwaltungsreform sind laut Ver.di 570 Landesbedienstete von Kündigung bedroht. „Das ist möglicherweise noch gar nicht das Ende der Fahnenstange“, sagte Ver.di-Sprecher Jörg Förster. Ursprünglich sollte es keine betriebsbedingten Kündigungen geben, später war von „Einzelfällen“ die Rede. Ver.di fordert Kündigungsschutz für zehn Jahre und Besitzstandswahrung beim Wechsel vom Land zu den Kommunen. Der Sächsische Städte- und Gemeindetag sieht hierin Konfliktstoff: Ungleiche Bedingungen in den kommunalen Verwaltungen würden den Betriebsfrieden schädigen.

## Mitgliederschwund

LN. Zurzeit sind 14 220 Sachsen einem Pressebericht zufolge Mitglieder der Linkspartei. Nur 70 weniger gehören der CDU an, 4680 der SPD, 2570 der FDP, 940 den Grünen. Alle Parteien verloren Mitglieder, vor allem die stärksten (Bestand 1995: PDS 29 900, CDU 21 040).

Laut Landesgeschäftsführer Rico Gebhardt hatte die Linkspartei im vergangenen Jahr erstmals so viele Eintritte wie Austritte. Doch 9000 Mitglieder seien über 65 Jahre alt, und junge Leute interessierten sich vorrangig für einzelne Projekte. Auch die Abwanderung in den Westen hinterlasse Lücken.

## Gewalt an Schulen

LN. In den vergangenen beiden Jahren wurden an Sachsens Schulen 1598 Gewaltstraftaten verübt, geht aus einer Studie des Landeskriminalamtes hervor. Insgesamt 1030 Mädchen und Jungen wurden verletzt, zumeist leicht. In 51 Fällen bedrohten Schüler andere Schüler mit Messern, in 58 Fällen mit Schusswaffen (vor allem Luftpistolen und -gewehren); in 14 Fällen ist vermutlich sogar abgedrückt worden. Einen Schwerpunkt bildet Ostsachsen. Im Landkreis Bautzen stieg die Zahl der Straftaten trotz rückläufiger Schülerzahl um fast 60 Prozent. Schulpolizisten werde es aber nicht geben, so das LKA.

## Millionen-Vergleich

„Die Mätressenwirtschaft um Ex-MDL-Chefin Andrea Braun hat dem Freistaat mehr gekostet als Gräfin Cosel August dem Starken.“

Karl Nolle (SPD),  
Obmann im Landesbank-  
Untersuchungsausschuss  
(siehe SACHSEN-CHRONIK)

## IHK-Konjunkturumfrage:

### Daumen hoch und runter

Leipzigs IHK-Chef Dr. Wolfgang Topf präsentierte auf der Herbst-Landespressekonferenz die Ergebnisse der jüngsten Umfrage unter sächsischen Unternehmen im Industrie- und Handelskammer-Bereich. Zum wiederholten Mal kritisierte er die Bundesregierung wegen geplanter „mittelstandsfeindlicher Entscheidungen“. Sie könnten den etwas verlangsamten Personalabbau wieder verstärken.

Die Umfrage zeuge von einer gewissen Erholung. 38 Prozent der befragten 2151 Unternehmen bewerteten ihre Lage als gut – sechs Prozent mehr als zur Jahreswende. Als schlecht beurteilten 15 Prozent ihre Lage (fünf Prozent weniger); 47 Prozent sehen sie als befriedigend an. 22 Prozent der Betriebe meldeten steigende und 32 Prozent gleichbleibende Investitionen, 46 Prozent hingegen keine oder fallende. Der Personalbestand erhöhte sich bei 17 Prozent und verminderte sich bei 12 Prozent. Weniger als 20 Prozent der Betriebe sind tarifgebunden, die Stundenlöhne z. T. extrem niedrig.

Der Umsatz insgesamt stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 17 Prozent, der Export um 39 Prozent; hieran haben vor allem Industriebetriebe Anteil. Bemerkenswert die Geschäftserwartungen: Bei den „guten“ Unternehmen gehen sie um 17 Prozent zurück! • J. SPITZNER

## 17. Oktober

**Schkeuditz/Leipzig.** Hangar und Verteilzentrum des DHL-Drehkreuzes am Flughafen Leipzig/Halle sind im Rohbau fertig. Ab 2008 sollen 50–60 Frachtflugzeuge je Nacht dicht an Leipziger und anderem Wohngebiet starten und landen. Für die geplanten 3500 Arbeitsplätze trafen 40 000 Bewerbungen ein.

**Dresden.** Das Neugersdorfer Unternehmen „bwin“ darf vorläufig weiter Sportwetten anbieten, entscheidet das Verwaltungsgericht. Die Rechtslage auf Bundesebene und in Europa sei noch nicht geklärt.

**Dresden.** Für freiwillig Tätige mit Ehrenamtspass hat der Freistaat Unfall- und Haftpflichtversicherungen abgeschlossen, teilen Sozial- und Justizministerium mit.

## 18. Oktober

**Leipzig.** Bauunternehmer Frank Moritz wirft Staatsanwälten der Antikorruptionseinheit INES vor, sie hätten bei Ermittlungen zum Umbau des Alten Rathauses gelogen, Fakten missachtet und sich gegenüber seiner Firma Megaron unangemessen verhalten. Das Landgericht hatte eine Anklage gegen Moritz abgewiesen.

# SACHSEN-CHRONIK

17. bis 30. Oktober

## 19. Oktober

**Frankfurt (Main).** Die Immobiliengesellschaft GAGFAH, der auch die Dresdner Woba gehört, startet an der Börse mit fast 16 Prozent Gewinn über Ausgabekurs.

**Leipzig.** Das Bundesverwaltungsgericht spricht dem Sohn eines NSDAP-Funktionärs eine Entschädigung für zwei 1948 enteignete Immobilien in Dippoldiswalde zu.

## 20. Oktober

**Leipzig.** Eine Standortzusage der Deutschen Bank für ihre Filiale in Leipzig-Grünau bestätigt nebenbei die Absicht der Stadtverwaltung, 16 000 Bewohner Grünau durch „Stadtumbau“ zu vertreiben.

## 21. Oktober

**Görlitz.** Die Initiative „Amal“, die Opfer rechter Gewalt unterstützt, erhält den Julius-Rumpf-Preis der Martin-Niemöller-

Stiftung.

## 22. Oktober

**Dresden.** 15 Menschen ertranken bisher in diesem Jahr in Sachsen, berichtet Hitradio RTL unter Berufung auf das DRK. 3000 Mal griff die Wasserwacht ein.

## 23. Oktober

**Dresden.** Mangelnde Staatsaufsicht gegenüber der Landesbank kostet Sachsen 14,9 Millionen Euro. Diesen Betrag zahlt die Sachsen LB an die Industrie- und Immobilien Leasing GmbH (IIL) des Tutzingers Ludwig Hausbacher für sämtliche Anteile an der gemeinsamen Unternehmenstochter Mitteldeutsche Leasing AG (MDL).

Hausbacher hatte die Landesbank verklagt: Sie habe die MDL ruiniert, um sie ganz in Besitz zu bekommen.

## 24. Oktober

**Leipzig.** Vor dem Bundesverwaltungsge-

richt beginnt ein Prozess zu drei Musterklagen von Anwohnern des Flughafens Leipzig-Halle wegen des drohenden Nachtfluglärms.

**Dresden.** Etwa 21 Prozent der Männer und 18 Prozent der Frauen Sachsens kämpfen mit Fettsucht, belegt eine vom Sozialministerium vorgestellte Studie.

**Leipzig.** Connex Sachsen GmbH eröffnet eine Repräsentanz in Leipzig. Die Tochter von Veolia Verkehr will sich künftig um Regionalstrecken bewerben.

## 26. Oktober

**Dresden.** Auf Antrag der Linksfraktion verlangt der Landesbank-Untersuchungsausschuss, dass Staatskanzlei, Büro des Ministerpräsidenten und Finanzministerium bis spätestens 6. November ihre Akten zur LB-Affäre herausgeben.

**Taucha.** Lintec Service wird für den drittgrößten PC-Hersteller *Hongkong THTF Digital* Fernseher montieren und den Europa-Service übernehmen, teilt Lintec mit.

## 30. Oktober

**Radebeul.** Das kleinste Kino der Welt wird im Bahnhof Radebeul-West eröffnet. Es hat neun Sitze.





# Nazi-Politik nicht staatlich subventionieren!

Interview mit Peter Porsch, Vorsitzender der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag

● **LN: Warum setzen Sie sich für die ernsthafte Prüfung der Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens ein, obwohl dieses erst 2003 gescheitert ist?**

**Peter Porsch:** Das Verfahren ist ausschließlich an den V-Leuten des Verfassungsschutzes in den Reihen der NPD gescheitert, weil die Verfassungsrichter nicht zweifelsfrei feststellen konnten, wie viel NPD-Politik vom Geheimdienst gesteuert wird und was der „Eigenanteil“ der Partei ist. Seit Herbst 2004 findet aber NPD-Politik nicht mehr überwiegend hinter verschlossenen Türen statt, sondern artikuliert sich in parlamentarischer Öffentlichkeit. Es wird ja wohl niemand ernsthaft behaupten, dass die Chefideologen der NPD im Sächsischen Landtag allesamt V-Leute sind. Nebenbei bemerkt: Wenn das nur für einen von ihnen zuträfe, wäre dies ein politischer Skandal, der die Republik in ihren Grundfesten erschüttern würde. Was diese Fraktion im Landtag produziert, ist eindeutig verfassungsfeindlich und auf die Abschaffung der Demokratie ausgerichtet.

● **Nun sagen manche, man könne Rechtsextremismus bzw. Neofaschismus nur politisch bekämpfen, ein Verbot helfe da nichts, schließlich gehe es**

**um die Gesinnung in den Köpfen von Teilen der Bevölkerung ...**

Das eine schließt doch das andere nicht aus! Wir bekämpfen die NPD politisch, durch Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort und das Engagement für den Volksantrag „Courage zeigen“, der eine antifaschistische Klausel in der Verfassung verankern will, wie sie meine Fraktion schon beantragt hatte. Leider haben die anderen Fraktionen diesen Antrag abgelehnt, um so wichtiger ist diese Volksinitiative.

Mir kann aber keiner erklären, wieso alle Steuerzahler dauerhaft gezwungen sein

sollen, rassistische und faschistische Politik mit Millionen Euro Wahlkampf-kostenrückerstattung und Fraktionszuschüssen zu subventionieren, womit wir den Nazis so noch ihr schmutziges politisches Geschäft erleichtern. Wir sollten es stören und erschweren. Darin liegt der Sinn eines NPD-Verbots. Ich will nicht, dass der Staat weiterhin faktisch der NPD hilft, ihre braunen Netzwerke aufzurichten. Dieses Geld würde ich lieber in Projekte gegen Rechts stecken.

● **Aber wenn die NPD nicht mehr in Parlamenten sitzen dürfte, wären die**

**braunen Volksverhetzer noch nicht von den Straßen verschwunden ...**

Wenn die NPD verboten und die antifaschistische Klausel in die Verfassung aufgenommen wäre, könnte sich aber kein Nazi mehr bei der Anmeldung eines Aufmarsches auf das Parteienprivileg oder die Meinungsfreiheit berufen. Faschismus ist eben keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Es ist auch wenig glaubwürdig, die Bürger ständig dazu aufzurufen, Gesicht gegen Nazi-Demonstrationen zu zeigen, deren Drahtzieher und Rädelführer direkt oder indirekt staatlich gefördert werden, und sei es dadurch, dass Tausende Polizeibeamte zur Durchsetzung dieser Aufmärsche zusammengezogen werden. Da sind wir uns übrigens mit der Gewerkschaft der Polizei völlig einig.

● **Ist es nicht unbegreiflich, dass einerseits immer wieder mal FDJ-Embleme verfolgt werden, andererseits Nazis unbehelligt bleiben?**

Das lässt sich noch steigern: Wer mit Stasi-Vorwürfen überzogen wird, wird zum untragbaren Abgeordneten erklärt, wer sich als Nazi eine Wiederbelebung der Deportationszüge in KZs für linke Demonstranten wünscht, bekommt noch postum vom Landtagspräsidenten bescheinigt, als Oppositionspolitiker in legitimer Weise die Grenzen ausgelotet zu haben. Man darf sich aber als Linker durch einen solchen Irrsinn nicht irre machen lassen.



Bürger sollen Gesicht zeigen – aber hinter dem aus ihren Steuern finanzierten Cordon sanitaire der Polizei

Foto: Fiebelkorn

Größenwahnsinnig“, von „maßlosem Machthunger“ getrieben sei Kim Jong-il, Nordkoreas Staatschef. Sein dank kommunistischer Herrschaft halbverhungertes Volk setze er nun auch noch der Gefahr eines Krieges aus. Seinetwegen drohe neue atomare Aufrüstung, die „Sicherheitsarchitektur“ in Fernost sei in Gefahr, andere Länder sähen sich nun ermutigt, sich ebenfalls nuklear zu bewaffnen. Solchen Stuss verbreiteten die deutschen Massenmedien unter Verzicht auf Darstellung der politischen Zusam-

Nordkorea

## Bomben-Test

Ossietsky 09/2004). Zudem wurde die Frage aufgeworfen, ob Nordkorea tatsächlich eine Atombombe gezündet oder den Test lediglich vorgetäuscht habe, um die US-Blockade zu durchbrechen und seiner wirtschaftlichen Not ein Ende zu machen. Wie berechtigt diese Frage war, zeigt sich jetzt daran, dass bisher keine einzige unabhängige Institution eine Spur von dem auf eine Atombombenexplosion folgenden radioaktiven Niederschlag entdeckt hat. („Fallout“ entsteht auch bei unterirdischen Nuklearexplosionen.)

Zutreffend erinnerte das Schweizer Fernsehen daran, dass die Clinton-Regierung 1994 mit Nordkorea bereits einen Vertrag ausgehandelt hatte, in dem Pjöngjang sich verpflichtete, auf den Bau von Atomwaffen („Plutoniumwirtschaft“) zu verzichten und die Kernenergie ausschließlich zur zivilen Versorgung zu nutzen („Uranwirtschaft“). Die USA und ihre Verbündeten hatten als Gegenleistung zugesagt, Nordkorea bei der Überwindung seiner Energienot zu helfen, dem Land nicht nur gleichberechtigten Zugang zum Welt-Energiemarkt zu gewähren, sondern auch zwei Atomreaktoren zu liefern und Handelsbeschränkungen aufzuheben. Ratifiziert wurde das Vertragswerk von den USA nicht. Clinton fand im republikanisch dominierten Kongress in Washington keine Mehrheit dafür. Die Nordkoreaner mussten lernen, was Verträge

mit den USA wert sind und was von ihrer Vertragstreue zu halten ist: Nichts, wenn die Weltmacht keinen wirtschaftlichen oder machtpolitischen Profit herauschinden kann. Clintons Nachfolger Bush reklamierte für die USA das Recht auf ato-

**Kim Jong-il und seine Genossen mögen für Washington und seine Vasallen unerfreuliche Eigenschaften haben, aber an Größenwahn leiden sie nicht. Pjöngjang wollte bilaterale Verhandlungen mit den USA erzwingen. Das Mittel dafür ist nicht zu billigen. Aber zu verstehen ist es.**

mare Erstschläge, scherte sich einen Dreck um alle Abrüstungsverpflichtungen, kündigte den ABM-Vertrag (das 1972 geschlossene Abkommen zur Begrenzung von Anti Ballistic Missiles, also Raketenabwehrsystemen), und brach schließlich mit der Entwicklung und Erprobung kleiner Atombomben („Baby-Nukes“) auch noch das Atomwaffen-Teststopp-Abkommen. Bush – nicht Kim.

Bush ließ seinen Außenminister Powell jahrelang Scheinverhandlungen mit Pjöngjang führen. Washington bewegte sich in den sogenannten „Sechsergesprächen“ (USA, Nordkorea, Volksrepublik

China, Russland, Japan, Südkorea) nie voran, sondern sogar von früheren vertraglichen Zusagen weg. Aus bindenden Sicherheitsgarantien für Nordkorea gemäß internationalem Recht machte Powell einen „Letter of Content“, das sind unverbindliche briefliche Zusicherungen. Die erstmals versprochene Aufhebung der Handelsbeschränkungen wurde abgesagt, Nordkorea stattdessen mit einer umfassenden Wirtschaftsblockade ruiniert. Schließlich forderten die USA von Pjöngjang, nicht nur auf alle militärischen Atomprogramme zu verzichten, sondern auch auf die zivile Nutzung der Kernenergie. Als Gipfel seiner Unterwerfungspolitik erwog Washington sogar, mit Hilfe Australiens und weiterer Verbündeter eine vollständige Seeblockade gegen Nordkorea zu verhängen. Militärische Drohgebärden sind, so bewies Präsident Bush denn auch sofort nach dem angeblichen Atombombentest Nordkoreas, für die USA das wesentlichste und nächstliegende Mittel internationaler Politik.

Kim Jong-il und seine Genossen mögen für Washington und seine Vasallen unerfreuliche Eigenschaften haben, aber an Größenwahn leiden sie nicht. Pjöngjang wollte bilaterale Verhandlungen mit den USA erzwingen. Das Mittel dafür ist nicht zu billigen. Aber zu verstehen ist es. Denn in Washington sitzen die Mitter, wenn nicht gar die Hauptschuldigen für das Elend der Nordkoreaner: das Mördertrio Bush, Cheney, Rumsfeld.

Mit freundlicher Genehmigung aus Ossietsky. *Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft*, Nr. 21 (21. Oktober 2006)

Von **VOLKER BRÄUTIGAM**

menhänge in ihren ersten Nachrichten über den angeblichen Atombombentest am 9. Oktober.

Zu dem Hintergrund aus Pseudo-Information passten die Drohungen vorgeblich entrüsteter Politiker von Washington bis Berlin. Einmütig forderten sie, der Sicherheitsrat der UN müsse jetzt „harte“ Sanktionen beschließen.

Unter den Massenmedien im deutschsprachigen Raum bemühten sich zunächst nur die österreichische Nachrichtensendung *Zeit im Bild* und vor allem die schweizerische *Tagesschau* aus Zürich um objektivere Berichte und Beurteilungen. Beide (in Deutschland nachts im Programm 3sat empfangbar) stellten wahrscheinliche Beweggründe der Regierung in Pjöngjang dar. Es waren die gleichen wie die vor Jahren in diesem Heft veröffentlichten (s. „Sack Nordkorea, Esel China“, Ossietsky 17/03 und „Was Bush von Nordkorea fordert“,

### 220 000 Menschen folgten dem Aufruf des DGB unter dem Motto: „Das geht besser! Aber nicht von allein“.

Mit den Großkundgebungen in fünf Großstädten - auch in Berlin - siehe Foto - am 21. Oktober wollte der Deutsche Gewerkschaftsbund Bewegung in die Diskussion über die Reformpolitik in Deutschland bringen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer mahnte in seiner Rede auf der Hauptkundgebung in Stuttgart: „Wenn die Regierung ihre Reformpolitik nicht am Maßstab sozialer Gerechtigkeit ausrichtet, fürchte ich, dass unsere Demokratie dauerhaft Schaden nimmt.“

Als Alternativen zu den von der Regierung geplanten Reformvorhaben nannte Sommer: Statt die Renten durch die Rente mit 67 zu kürzen, sollten Politik und Wirtschaft die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen überhaupt bis 65 arbeiten können. Statt die Axt an das solidarische Gesundheitssystem zu legen, sollten die gesetzlichen Krankenkassen durch Steuern und durch Beiträge der privaten Kassen stabilisiert werden. Statt Armutslöhne sollte es Mindestlöhne geben. „Wir erwarten, dass der Gesetzgeber bei den Arbeitseinkommen endlich eine Grenze nach unten einzieht“, sagte Michael Sommer. „Stundenlöhne von 3,50 Euro sind und bleiben ein Skandal.“



Foto: G. Eiltzer

Naomi-Pia Witte aus Leipzig sprach auf der Berliner Kundgebung vor der Demonstration und führte unter anderem aus:

## Das Maß ist voll

Man glaubt es kaum, aber wie ein Dieb in der Nacht ist die Armut in Deutschland eingefallen. Und unsere Politiker sind erschrocken, wie so etwas sein kann, dass sich die Unterschicht hier breit macht und das ganze romantische Bild vom schönen Deutschland versaut. Leute, lasst Euch nicht verarschen. Alles was in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung drinsteht, ist doch längst bekannt. Ich komme aus Leipzig, der Armutshauptstadt Sachsens, und bei 500 000 Einwohnern haben wir 50 000 Bedarfsgemeinschaften und 37 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben vom Sozialgeld. Das heißt, Armut und Verelendung sind in Leipzig kein akademisches Problem, es ist unser ganz reales, alltägliches Problem. In einer Welt, die so reich ist wie nie zuvor, verbreitet und verfestigt sich die Armut.

Doch nicht genug, schon wieder werden die Messer gewetzt. Hartz IV soll auf den Prüfstand und runderneuert werden. Dazu existieren Papiere, z. B. eine Empfehlung der Bundesausschüsse an die Bundesregierung und eine Empfehlung der CDU/CSU Fraktion.

Darin ist u.a. zu lesen:

#### 1. Verschärfung der Sanktionen,

das heißt, die Sanktionen treten Kraft Gesetz ein, es gibt keinen Entscheidungsspielraum mehr, die Kürzung auf Null soll schon bei der zweiten Sanktion erfolgen.

#### 2. Erweiterter Unterhaltsrückgriff,

das heißt, Eltern haften für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern, unabhängig vom Alter. So müssen dann fünfzigjährige Erwerbslose zuerst bei ihren siebzehnjährigen Eltern und anschließend bei ihren dreißigjährigen Kindern betteln gehen.

Und nur, wenn da nichts zu holen ist, gibt es Geld von der ARGE.

3. *ALG II soll nur noch für einen befristeten Zeitraum bezahlt werden*, ähnlich wie in den USA. Ist dieser Zeitraum verstrichen, gibt es kein Geld mehr.

#### 4. Pauschalierung der Wohnungskosten.

Für Miete und Nebenkosten werden nicht mehr die tatsächlichen Kosten bezahlt, sondern nur noch ein pauschalierter Betrag, darüber hinaus gibt es keine Leistungen mehr, das heißt in der Praxis, dass sich bei den heutigen Preisen spätestens mit der nächsten Betriebskostenabrechnung viele Erwerbslose ihre Wohnung werden abschminken können.

Es ist allerhöchste Zeit, dass wir dieser asozialen, menschenverachtenden Stiefeltreterpolitik heftigen Widerstand entgegenbringen. Um erfolgreicher zu sein, müssen

wir den Sozialprotest ergänzen durch Aktionen des zivilen Widerstandes und durch Formen des originären sozialen Kampfes. Natürlich muss Hartz I-IV weg. Aber das erreichen wir nicht mit ein paar Aktionen. Dazu braucht es einen langen Atem. Also müssen wir Zwischenziele definieren. Das erste Ziel muss heißen, die geplanten Verschärfungen zu verhindern.

WIE - das ist die spannende Frage. Lernen wir von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, lernen wir von Mahatma Gandhi, lernen wir von den Franzosen, lernen wir von Nelson Mandela. Lernen wir, wie wir das soziale Apartheidssystem in der Bundesrepublik überwinden können.

Und noch eines ist wichtig, wenn wir den sozialen Kampf gewinnen wollen: Dass die da oben so viel Erfolg bei der Umverteilung von Unten nach Oben haben, liegt vor allem daran, dass es ihnen gelungen ist, uns zu vereinzeln. Wir müssen dem wieder Solidarität entgegensetzen. Lasst uns wieder lernen, solidarisch zu sein.

### Finger weg!

„Es sind auch unsere Häuser, und eine Gewerkschaft, in der auch ich Mitglied bin, darf sich nicht so aufführen wie es zur Zeit in Deutschland marktüblich ist. Auch wenn sich Hanjo Lucassen und andere bereits gegen den Verkauf ausgesprochen haben, bleibt es dabei: Es sind Häuser, die mit politischer Arbeit verbunden sind, die meisten wurden mit Arbeitergroschen in Zeiten der sich entwickelnden Arbeiterbewegung geschaffen. Es gibt viele Gründe, den Immobilienverwertern die rote Karte zu zeigen.“

Hans Jürgen Muskulus

„Der DGB muss aufgefordert werden, jegliche Aktivitäten, die auf einen Verkauf hinauslaufen, unverzüglich zu unterbinden. Es ist nicht zu akzeptieren, dass sich vermeintliche Interessenvertreter der Arbeiterklasse an der Ausplünderung des Gemeineigentums in Deutschland beteiligen.“

Margitta Hollick  
Siegfried Schlegel

### Leipziger Volkshausgeschichte(n)

## Wie aus Arbeitergroschen 500 000 Reichsmark wurden

Nur Stadthistoriker kennen heute noch die „Tivoli-Konzert- und Ballsäle.“ 1897 wurde das beliebte Gartenrestaurant nach jahrzehntelangem Betrieb durch seinen Besitzer aufgegeben. Das Gelände in der damaligen Zeitzer Straße 32 war seit jenem Zeitpunkt erneut begehrt, denn mit ihm verbanden sich unterschiedlichste Hoffnungen. Schon seit 1890 hatten sich an die 40 Arbeiterverbände in Leipzig zusammengeschlossen. Ihr Ziel: Ein Gewerkschaftshaus. Es floss aber noch viel Wasser die Pleiße und Elster hinunter, bis dann mit dem im Frühjahr 1904 erfolgten Grundstückskauf des ehemaligen Tivoli-Geländes dieses Ziel in Angriff genommen werden konnte. Die Leipziger sammelten in jenen Jahren fast 400 000 Reichsmark für ihr Haus. Weitere 100 000 RM stellten die Gewerkschaften und die SPD aus Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung. Eine enormes finanzielles Opfer und Engagement der Leipziger Arbeiter in wahrlich „armen Zeiten“. Am 15. Juni 1906 war das VOLKSHAUS fertig. Viele Gewerkschaftstreffen und -veranstaltungen fanden hier statt. In den Geschäftsbüchern des ersten Jahres wurden allein 25 000 Übernachtungen registriert. Die gastfreundlichen Aufenthaltsräume, die preiswerten Brause- und Wannenbäder, nutzten damals viele sehr gern. Schwer getroffen wurde das Gebäude während des Kapp-Putsches. Am 19. März 1920 beschossen Artillerie und Granatwerfer das vermutete „Hauptquartier der Spartakisten“. Die Reichswehr legte an mehreren Stellen Brände und plünderte die Räume. Auf fast drei Millionen Mark

belief sich die Schadenssumme.

Aber erneut solidarisierten sich sehr viele Leipziger auf eindrucksvolle Art und Weise mit ihrem Haus, indem sie, trotz Nachkriegszeit und Inflation, mindestens einen Tagesverdienst spendeten. 200 000 so genannte Volkshaus-Gutscheine im Wert von 50 Pfennigen waren bald vergriffen. Der Name VOLKSHAUS - ein Programm: Arbeitersportler, Naturfreunde, freireligiöse Gruppen, die Didamschen Chöre, das Arbeiterbildungsinstitut, die Esperantisten gingen bald wieder ein und aus. Rechts- und Mieterberatung für Arme waren hier üblich. Nicht zu vergessen die Volksküche mit ihren großen Pfannen und Töpfen. 1922 - während des ersten Arbeiter-Turn- und Sportfestes - verpflegte sie 30 000 Teilnehmer. Frisches Obst und Gemüse kam von gepachteten Feldern direkt auf die Mittagstische. Und ein guter Tropfen Wein lagerte auch in den Kellern der Zeitzer Straße. Elf Jahre später plünderten SA-Schergen das Gebäude und die Faschisten verfälschten danach den ursprünglichen Volkshausgedanken mittels „Kraft durch Freude“. Das - wie es jetzt hieß - „Haus der Arbeit“ trafen im Zweiten Weltkrieg schwere Bombenangriffe. Später erfolgte - nun schon zum dritten Mal - der Aufbau. Das „Ernst-Thälmann-Haus“ wurde Sitz des FDGB. Nach 1990 zog der DGB ein. Er übernimmt somit auch Verantwortung für die wechselvolle und solidarische Geschichte der Leipziger Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

• M. J.

### Zahlen-Fakten- Vermutungen

Seit 1990 gibt es einen DBG-Beschluss, wonach die Gewerkschaften alle unternehmerischen Aktivitäten beenden sollen.

**Abgestoßen wurden bereits:** Bank für Gemeinwirtschaft Volksfürsorgeversicherung Beamtenheimstättenwerk Büchergilde Gutenberg Neue Heimat (Wohnungen)

**Jetzt soll folgen:** Gesellschaft für Gewerbe-Immobilien (neben früheren BfG-Gebäuden stehen da vor allem ostdeutsche Gewerkschaftshäuser auf der Agenda) Schätzwert: Dreistelliger Millionenbetrag

**Vermutung:** Der Verkauf ist durch riskante Finanzgeschäfte der Allgemeinen Hypothekenbank Rheinboden auf die Tagesordnung gerückt. So könnten 2002 entstandene finanzielle Schief lagen der Gewerkschaftsbank ausgeglichen werden.



## Kritische Schwelle der Gewalt im Irak ist erreicht

Auf einer Expertenkonferenz Mitte September 2006 sprach der Fraktionschef der Demokraten im US-Senat, Harry Reid, Klartext: „Wir nähern uns der Marke von 2700 toten amerikanischen Männern und Frauen (inzwischen sind es mehr als 2800 – S. L.), mehr als 20 000 von Verwundeten, ein Drittel davon ernsthaft, ohne Arme, Beine und Augen, gelähmt, mit Hirnschäden. Das Ganze kostet wöchentlich drei Milliarden Dollar.“ Im Irak herrsche Bürgerkrieg.

Der US-Militärapparat hat sich im Irak festgefahren. Verstrickt in einem asymmetrischen Krieg, der nicht zu gewinnen ist, sieht sich das US-Militär genau in der Lage, in die es nach dem Vietnamdebakel nie wieder kommen wollte. „Ich fürchte, der Irak wird zu unserem größten außenpolitischen Desaster seit Vietnam“, meinte unlängst die frühere Außenministerin der USA Madeleine Albright.

Die Gewalt im Irak hat eine kritische Schwelle erreicht. Sie ist völlig außer Kontrolle geraten. Rund 100 Menschen

Von **SARKIS LATCHINIAN**

werden jeden Tag getötet und mindestens 1000 täglich aus ihren Häusern vertrieben. „Gewalt zwischen den Religionsgruppen, bewaffnete Milizen und Todeschwadronen haben eine Lage geschaffen, in der Tötungen ... nun völlig außer Kontrolle zu geraten scheinen“, stellt der Hilfskoordinator der Vereinten Nationen für Irak, Don Egeland, fest. Im Lande leben bereits 1,5 Millionen Menschen, die aus ihren Häusern vertrieben wurden.

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld glaubt immer noch, das US-Militär verfüge über die technologischen Mittel, um alle Gegner „in Angst und Schrecken zu versetzen“. Doch in einem asymmetrischen Konflikt garantiert eine noch so große militärische Überlegenheit nicht unbedingt den Sieg. Das wissen die USA aus eigener bitterer Erfahrung. Ein Krieg ist letzten Endes nur auf politischer Ebene zu gewinnen. Die Regierenden in Washington wollen es nicht hören, wenn die Experten sie an die Grenzen der militärischen Macht erinnern. Die Bereitschaft des Präsidenten Bush, die politischen Verhältnisse vor Ort zu ignorieren und auf Waffengewalt zu setzen, gleichgültig wie lange die militärische Auseinandersetzung dauert, ist eines der vorrangigen Probleme der Vereinigten Staaten. Dass im Irakkrieg mit der Behauptung Krieg gemacht wurde, Saddam Hussein besitze Massenvernichtungswaffen und unterhalte Verbindungen zur Al Qaida, hat die Glaubwürdigkeit aller weiteren Aussagen der US-Administration unterminiert.

Drei Jahre nach Beginn des Krieges stehen 160 000 US-Soldaten im Irak. Das sind weitaus mehr, als Bush veranschlagt hatte. Die Moral ist bei diesen Truppen schlecht und weiter im Sinken. Doch angesichts des starken Widerstands wird eine erhebliche Anzahl von US-Truppen noch eine ganze Weile im Irak bleiben, mindestens so lange wie Bush Präsident bleibt ...

Im Irak wurde die alte irakische Armee zunächst aufgelöst. Sie wird aber mittlerweile zum Teil und mit Hilfe von sunnitischen Offizieren des Hussein-Regimes wieder aufgebaut. Diese wohl aus Ver zweiflung geborene Entscheidung bedeu-

tet eine Kehrtwende in der amerikanischen Irak-Politik. Die Vorstellung aber, dass eine solche Armee sich auf die erklärten Ziele der US-Administration verpflichten lassen könne, erweist sich bereits als eine fantastische und zugleich fatale Illusion.

Der Irak ist ein nach ethnischen und religiösen Kriterien geteiltes Land. Damit steht Washington vor der undankbaren Wahl zwischen der Gefahr einer Dauerrebellion, die umso wahrscheinlicher wird, je weniger US-Soldaten im Lande bleiben, und der Gefahr eines Bürgerkrieges

Abzug ihrer zahlreich im Irak engagierten Truppen befürworten.

Das „Irak-Modell“ ist nicht in der Lage, im Irak, geschweige denn im Nahen Osten die erwünschte Sogwirkung zu entfalten. Die im Irak wirkenden Untergrundorganisationen versuchen, nicht ohne Erfolg, den von den Besatzern und der neuen irakischen Administration angestrebten Wiederaufbau des Staates und der Wirtschaft durch gezielte Anschläge zu verhindern und dadurch der neuen politischen Elite in Bagdad die erwünschte Legitimation zu verweigern. Die Ent-

sich an der Parlamentswahl vom Dezember 2005 beteiligt, weil sie die Hoffnung hatten, dass sie dadurch ihre Interessen durchsetzen könnten. Dies erwies sich jedoch als Trugschluss. Die fortwährenden Anschläge in den schiitischen Gebieten konterkarieren ihrerseits die Bemühungen konsensorientierter Sunniten und erhöhen die Gefahr eines Bürgerkrieges, der den Aufbau eines neuen irakischen Staates zum Scheitern bringen würde. Er könnte sogar die Teilung des Iraks in einen kurdischen Irak in Norden, einen schiitischen im Süden und einen

# Wohin driftet der Irak?



*Amerikanische Armeekreise streben eine ethnische Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens an. Der nebenschiebende Kartenausschnitt aus Armed Forces Journal, Juni 2006, dokumentiert diese Umsturzpläne.*

für den Fall, dass man die Iraker bewaffnet. Obwohl Experten vor einem solchen Dilemma gewarnt hatten, war sich die Bush-Regierung über die Komplexität der politischen Probleme, die im Irak auf sie zukommen, in keiner Weise im Klaren. Dabei hätte sie spätestens in Afghanistan erkennen müssen, dass militärische Erfolge letztlich von einer politischen Lösung abhängen – und nicht umgekehrt.

## Das Scheitern des so genannten Irak-Modells

Die Massenvernichtungswaffen waren bekanntlich nicht der wahre Grund des Irakkrieges. Der gewaltsame Sturz von Saddam Hussein und der „demokratische“ Aufbau des Irak sollten als Modell für die gesamte Region dienen, vor allem aber für solche Systeme wie das iranische und das syrische.

Das „Modell Irak“ setzte auf raschen Wandel. Nach US-Vorstellungen umfasste dieser „Wandel“ einen gewaltsamen Systemwechsel, Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und den Aufbau von Stabilität. Was sich aber tatsächlich im Irak abspielte, entsprach nicht dem in Washington skizzierten Schema. Das allgemeine Chaos, ein erstarkender Widerstand, die zunehmenden Terroranschläge sowie die Gefährdung der Einheit des Staates durch anwachsende konfessionelle und ethnische Polarisierung sprechen gegen das „Irak-Modell“. Die Mehrheit der Mitglieder amerikanischer „Think-tanks“ warnt inzwischen nicht nur vor einem neuen militärischen Abenteuer etwa gegen den Iran oder Syrien, sondern fordert einen schnellen Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak. Zu einer ähnlichen Position sind auch die Militärstabschefs Großbritanniens und Australiens gelangt, die einen raschen

wicklung im Irak hat auch die Erwartung der amerikanischen Administration widerlegt, dass der Irak nach der Entmachtung der Baath-Partei wie eh und jeh ohne konfessionelle und politische Prekaritäten „weiter so“ fortexistieren würde. Die sunnitische Minderheit hat zwar ihre politische Dominanz inzwischen eingebüßt, ihre Weigerung aber, am Wiederaufbau des besetzten Landes mitzuwirken, führte zu einem Legitimationsdefizit des neuen Systems, in dem die schiitische Mehrheit dominiert. Die arabischen Sunniten, die ca. 20 Prozent der irakischen Bevölkerung ausmachen, betrachten sich durch die USA als politisch absichtlich diskriminiert, so als ob jeder Sunnit ein Terrorist wäre!

Dass sich der Widerstand in allen sunnitischen Provinzen ausbreitete, hat sicherlich nicht nur damit zu tun, dass diese Provinzen unter der Baath-Herrschaft privilegiert waren, sondern auch damit, dass sich die Kurden und die Schiiten für die föderale Ordnung entschieden haben. Dies tangiert in mindestens zweierlei Hinsicht die Interessen der arabischen Sunniten. Nach der irakischen Verfassung erhalten die föderativen Regionen ein Mitspracherecht bei der Förderung und Verwaltung der strategischen Ressourcen, insbesondere des Erdöls. In den sunnitischen Provinzen wurde bislang jedoch kein Erdöl entdeckt, so dass diese Provinzen finanziell von der Bundesregierung in Bagdad unterstützt werden müssen. Die Föderation wird von den arabischen Sunniten auch aus einem anderen Grund abgelehnt. Sie betrachten die föderative Struktur als Vorstufe zum Zerfall des irakischen Staates. Die gemäßigten sunnitischen Kräfte, etwa die irakische Islamische Partei, betrachten den Widerstand im sunnitischen Dreieck als Dilemma. Viele sunnitische Gruppierungen haben

sunnitischen Irak im sunnitischen Dreieck zur Folge haben.

## Ein Ausweg aus dem Sumpf ist möglich

Der einzige Weg aus einem Sumpf besteht darin, sich nicht weiter hinein zu reiten, sondern die wachsenden Gefahren anzuerkennen und den Rückzug anzutreten. Präsident Bush und seine Spitzenpolitiker und -militärs wollen ihre Soldaten jedoch „vom Schlachtfeld nicht abziehen, ehe der Einsatz vollendet ist“. Dessen Ziel sei unverändert „der Sieg“. Das ist das Fazit, das Präsident Bush aus einer lauthals propagierten neuen Irak-Strategie-Beratung zog, die er mit seinen engsten Mitarbeitern zwei Wochen vor den Teilwahlen zum USA-Kongress im November abhielt.

Nicht mehr Herr der Lage im Irak, träumen die neokonservativen Hardliner nach wie vor von der Schaffung eines prowestlichen Marionettenregimes im Irak als Brückenkopf bei der Neuordnung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens nach texanischem Muster. Sie möchten nur in diesem Sinne den Irak als einheitliches Gebilde unter eigener Kontrolle haben. Doch wenn nötig, würden sie auch eine Balkanisierung des Iraks in miteinander Krieg führende ethnisch-konfessionelle Fraktionen akzeptieren. Indes glauben nach einer News Week-Umfrage von Ende Oktober 2006, dem bislang mit 85 getöteten US-Soldaten verlustreichsten Monat seit Jahresbeginn, 65 Prozent der USA-Bürger, dass Bush seinen „Kampf für Sicherheit und Demokratie im Irak“ verliert. Aufgabe einer vernünftigen Politik wäre es, vor allem die Beseitigung der Ursachen des bestehenden Chaos im Irak zu gewährleisten, statt mit einem einseitig militärischen so genannten sicherheitspolitischen Ansatz zur Verschärfung des Konfliktes beizutragen. Dieser Strategieansatz bewirkt nämlich genau das, was es zu verhindern gilt, nämlich die Verschärfung des Konfliktes.

Es ist höchste Zeit, einen Ausweg aus der irakischen Katastrophe zu finden, der perspektivisch tragfähig und in der Lage ist, die Krise im Verhältnis der islamischen Welt zum Westen und vor allem zu den Vereinigten Staaten zu überwinden. Dafür bedarf es endlich eines Friedensplanes als eines Gegenentwurfs zum Krieg. Dieser Plan muss an erster Stelle die rasche Beendigung der Okkupation Iraks enthalten, den Truppenabzug nach einem Zeitplan festlegen, den Wiederaufbau Iraks, der von den Irakern selbst geplant und beschlossen werden sollte, beinhalten sowie den Irakern die volle Selbstbestimmung über ihre Zukunft überlassen.

Da feiert die Oper wieder fünf Festtage. Riccardo Chailly holt die vorjährige Inszenierung von Verdis „Maskenball“ auf die Bühne zurück und dirigiert fünf Aufführungen. Wenn er am Pult steht, wirken seine elektrisierenden Ströme auf der Bühne und im

Orchester. Dabei bemerkt der Opernbesucher fast nicht, dass der Regisseur Ermanno Olmi szenisch wenig geschehen lässt. Der Tenor Massimiliano Pisapia darf als Gouverneur Riccardo an der Rampe seine glanzvolle Stimme direkt zum Publikum strahlen lassen. Wenn er der (platonisch) geliebten Frau des Freundes Renato seine glühende Verehrung verkündet, wendet er mal den Blick zu ihr oder geht einige Schritte in ihre Richtung. Chiara Taigi zeigt sich da als Amelia leidenschaftlicher, erfüllt auch ihre Bewegungen mit starkem musikalischen Ausdruck. Dagegen verlässt sich Franco Vassallo als Renato wie der Tenor auf seinen gewaltigen Bariton. Neu ist diesmal Mariana Pentcheva als Wahrsagerin Ulrica mit kraftvoller, vor allem im tiefen Register beschwörender Stimme zu erleben. Nach fast jeder Arie und am Ende Jubel wie in Italien. Nur eben sind ganze fünf Opernabende mit Chailly in einer Spielzeit entschieden zu wenig.

Zwischen den schwelgenden Verdi-Dirigaten im Opernhaus erregt Riccardo Chailly gegenüber im Gewandhaus mit einem seiner Entdeckerkonzerte und einem Gewandhaus-Anrechtskonzert ebenso gespanntes Mitgehen. Diesmal wartete er mit der Uraufführung des im Auftrag des Gewandhauses von Steffen Schleiermacher geschaffenen Orgelkonzertes „GegenBild“ auf. Der Komponist reizt so ziemlich alle Klangmöglichkeiten der

Schuke-Orgel und des Gewandhausorchesters aus – nicht zuletzt mit äußerster Klangwucht und wiederum auch zartesten Tönungen. Das erläuternde Gespräch zwischen Komponist, Organist und Dirigent und ausschnittweise Vorführungen wecken

## Opernfesttage und eine Entdeckung

VON WERNER WOLF

die Neugierde auf die Darbietung des Ganzen. Michael Schönheit und Riccardo Chailly mit dem Orchester bieten dann, was die Einführung verspricht, mit höchstem Einsatz und voller Konzentration. Der Beifall war entsprechend ausdauernd, und nicht wenige Besucher hätten das kontrast- und farbenreiche Werk gern noch einmal gehört. Zeit dazu war vorhanden.

Am Abend darauf im Anrechtskonzert war die Aufnahme des Orgelkonzertes freundlich, aber etwas reservierter. Und ein Konzertbesucher versuchte das zu betonen, indem er nach dem glanzvoll und mächtig gewaltig donnernden Festlichen Präludium für Orchester und Orgel von Richard Strauss ebenso mächtig gewaltig „bravo!“ rief. Eine andere Seltenheit war die Liebeszene aus der Oper „Feuersnot“ von Richard Strauss. Wie dessen Opern-Erstling „Guntram“ wäre das ganze Werk eine konzertante Aufführung wert, wenn es in diesen Stücken auch noch bisweilen wagnert. Wie schon zu Saisonbeginn die vierte, war dann die zweite Sinfonie von Robert Schumann in Gustav Mahlers dirigierpraktischer Einrichtung zu erleben. Wenn dieses Werk klanggeballter als in manch anderer

Aufführung erklang, war das Ausdruck des Temperaments Riccardo Chaillys.

Eine Uraufführung stand auch im Mittelpunkt der Kammermusik des Gewandhaus-Bläserquintetts. Im Auftrag dieses Ensembles schrieb Stephan König ein kurzweiliges Screenplay (die Vieldeutigkeit des Wortes lässt sich auch mit Schleier-, Leinwand- oder Bildschirm-Spiel übersetzen). Für den Komponisten gibt es keine Trennung zwischen so genannter E- und U-Musik. Er verbindet originell Ausdrucksmöglichkeiten beider Sphären, findet in Klang und Rhythmus für die zum Sextett erweiterte Besetzung eine neuartige, im guten Sinne unterhaltsame Gestaltung. Katalin Stefula (Flöte), Uwe Kleinsorge (Oboe), Thomas Ziesch (Klarinette), Ingolf Barchmann (Bassklarinette), Albert Kegel, (Fagott) und Ralf Götz (Horn) spielten mit der dem Werk eigenen Musizierfreude. In der Nachbarschaft mit dem Ungarn Ferenc Farkas' traditionsbezogenem Quintett „Lavottiana“, dem im Stil von Mozart-Zeitgenossen geschriebenen Quintett Es-Dur des erst in Mozarts Todesjahr geborenen Peter Müller und dem Sextett des Franzosen Jean Francaix behauptete sich Königs Spiel überzeugend.

Im Reigen zahlreicher Veranstaltungen der Hochschule für Musik und Theater traten im Stipendiatenkonzert des Hochschul-Freundeskreises der Pianist Igor Gryshyn und der Chordirigent Gregor Meyer mit dem Vocalconsort Leipzig auf. Gryshyn beeindruckte, von einem freiwillig zusammengestellten kleinen Orchester begleitet, mit brillanter Technik und überzeugender Gestaltung. Gregor Meyer führte die seit einigen Jahren bestehende Formation zu kultiviertem, ausgewogenen Klang.

Jahreszeitgemäß gehen die Leute wieder häufiger ins Kino. Und in Leipzig haben sie auch die Möglichkeit, um Schwachsinn einen großen Bogen zu machen, da es hier eine Kinoszene gibt, die um Politik keinen Bogen macht. Der Landesfilmdienst und CINEDING (unweit der Schaubühne Lindenfels) präsentieren im November während einer Medienwoche ein couragiertes Programm, das sich auf unterschiedlichste Art und Weise mit Parolen und Lügen des Rechtsextremismus auseinandersetzt, sowie Gegenwart und Historie politisch widerspiegelt. Ich vermute ungezählte Telefonate der Kinobetreiber, um die brisanten Dokumentationen und Spielfilme (meist nur in geringer Kopienzahl vorhanden) nach Leipzig zu bekommen.

In „Zur falschen Zeit am falschen Ort“ untersucht Tamara Milosevic die Gesehnisse im brandenburgischen Potzlow,

## FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

### Nachdenken

Von MICHAEL ZOCK

wo im Juli 2002 der 17-jährige Marinus durch Gleichaltrige zu Tode gefoltert und verscharrt wurde. Die Dokumentation „Krawatte statt Springerstiefel“ von Rainer Fromm blickt hinter die Kulissen der NPD und untersucht die optische Präsentation ihrer Funktionäre. Barbara Kernbach beschäftigt sich mit „Rechts-extremismus im Internet“. Zum gleichen Thema auch eine Arbeit aus der Schweiz „White

Terror“. Zu den Spielfilmrarityen gehört auch die brasilianische Produktion „Olga“, die Lebensstationen Olga Benarios nachempfunden – einer Frau, die mit 17 von zu Hause auszieht, um ihren politischen Idealen zu folgen. Eric Till drehte schon vor einigen Jahren den Film „Die letzte Stufe“. Erinnert wird darin an den Theologen Dietrich Bonhoeffer, der kurz vor Ende des zweiten Weltkrieges im KZ Flossenburg ermordet wurde. Mit Ereignissen in Auschwitz-Birkenau beschäftigt sich der Streifen „Grauzone“, den Tim Blak Nelson in den USA drehte. Angehörige eines Häftling-Sonderkommandos werden zur Arbeit in den Krematorien gezwungen.

CINEDING bietet während dieser Medienwoche (9. bis 17. 11.) auch Möglichkeiten zum Nachfragen und Diskutieren. Infos unter [www.cineding-leipzig.de](http://www.cineding-leipzig.de)

## „Leipziger Schule“ in Kunsthalle

FÜNF JAHRE KUNSTHALLE in der Otto-Schill-Straße und 13 Jahre Kunstsammlung der Sparkasse Leipzig. Das Geschenk: Der „Blick in die Sammlung/7“ – die Besucher dürfen sich an Mattheuer, Hachulla, Zander, Rink, Stelzmann und Tübke erfreuen. Und an Klaus Schwabe, Mitschöpfer des „Aufbruchs“ (Marx-Relief). Während die einen sein Werk ab- und demontieren und im Orkus der Geschichte versenken wollen, stellen andere ihn aus. Aber auch Künstler, die noch nicht im Rampenlicht standen, sind vertreten. Bitter-ironisch ist der „Bürgerfleiß“ (1982) von Joachim Scholz (1934–2004): eine Geisterhand reicht Ziegelsteine für den Datschenbau, links moderne, saubere Plattenbauten, rechts zerfallene Altbauten. Katrin Heichel (Jahr-

gang 1972, seit 2005 Meisterschülerstudium bei Neo Rauch) setzt sich mit ihrem „Kleinen Panorama“ (2006) mit der vermeintlichen Idylle, einer gletscherüberzogenen Bergwelt mit Almen und Kapelle, auseinander. Doch auch die Kunsthalle ist nicht frei von Fragwürdigem: die „Formtafel“ (1994) von Tilo Schulz, die mit einer ausschließlich roten Fläche langweilt. Korrespondierend mit der Ausstellung „Arbeiterklasse und Intelligenz“ im Museum der bildenden Künste wird eine frühe Idee Werner Tübkes gezeigt: „Studie zum Wandgemälde der Universität Leipzig“. Aufschlussreich die handschriftlichen Bemerkungen am unteren Bildrand: „Meßwarte (Neue Destill.) zu Böhlen - Wissenschaftler, Arbeiter, Partei- und Staatsfunktionäre, Studenten im Gespräch – Situation: Gegen Ende einer Konferenz-pause... – Hochhaus KMU 29. Stock Gruppenbildnis der Brigade Schirmer.“

• D. M.

## Bravo, David Timm!

Die – neben ihrem Namensträger – auch Clara und Robert Schumann gewidmeten XVI. Internationalen Leipziger Chopin-Tage klangen am 22. Oktober in der stilvollen und intimen Atmosphäre des Westphalschen Hauses in Markkleeberg aus. Noch bis in die Nebenräume des Salons drängten sich die zahlreich erschienenen Konzertbesucher; denn unter Musikfreunden ist es längst kein Geheimnis mehr, dass der Name David Timm für Qualität und erlebnisreiche musikalische Stunden bürgt. Mit ausgewählten Werken von Fryderyk Chopin, zwei „träumerischen“ Stücken aus Robert Schumanns *Kinderszenen*, den durch Richard Wagner inspirierten und fantasie-reichen Klängen von Clara Schumanns Komposition *Der Abendstern* und dem grandiosen sowie technisch anspruchsvollen *Mephistowalzer* von Franz Liszt begeisterte David Timm als Interpret; und mit seinen frappierenden Jazzbearbeitungen sowie seiner Improvisationskunst zog er wohl jeden Zuhörer in seinen Bann. Wer noch Zweifel hegte, ob Chopins Musik als Grundlage für Jazzbearbeitungen geeignet sei, konnte dank David Timms ideenreicher musikalischer Gestaltungskunst und wunderbarer Begabung als Jazzpianist selbst empfinden, wie scheinbar mühelos das Motto des Konzerts *Chopin meets Jazz* zu hinreißender klanglicher Realität wurde. Auch Schumanns *Träumerei* sowie Liszts *Liebstraum* durchliefen unter David Timms behändigen Fingern eine immer wieder überraschende Momente bietende musikalische Reise vom 19. Jahrhundert in die Gegenwart. Faszinierend zu erleben, wie sich in Timms Klavierspiel Virtuosität und Sensibilität, musikalische Intelligenz und pure Musizierfreude, feinsinniges Nachspüren der Intentionen eines jeweiligen Komponisten und stilistische Vielfalt bestens vereinen. Als er schließlich in der Zugabe das Publikum mit seiner Jazzbearbeitung von Motiven aus Wagners Meistersingern erfreute, gelang ihm in klangvoller Tonsprache eine Antwort auf eine mit Worten kaum zu klärende Frage – die Frage nach dem Humor in der Musik.

• UNDINE WAGNER

## Kunstkrimi

KUNSTGESCHICHTE ist oftmals spannend: Original oder Kopie? Patriziertochter Katharina Fürlegerin oder Albrecht Dürers Schwester? Offenes oder aufgestecktes Haar? Zum 150. Todestag von Maximilian Speck von Sternburg (1776–1856) – Sammler, Kaufmann, Landwirtschaftsreformer und Bildungsreisender – und 10-jährigen Bestehen der gleichnamigen Stiftung ist im Museum der bildenden Künste unter dem Titel „Albrecht Dürer: Zwei Schwestern“ eine Kabinett-ausstellung zu sehen, die sich den beiden geheimnisvollen Dürerschen Werken widmet. Zur Lektüre empfiehlt sich der Katalog (15 Euro) und die zum Jubiläum herausgegebenen Reisetagebücher (17,50 Euro) des kunstsinnigen Ritters Speck von Sternburg, der aus bescheidenen Verhältnissen stammt. (Bis 7. 1. 2007 im Museum der bildenden Künste Leipzig)

• D. M.



## Terror als inneramerikanisches Problem

Ein neues Buch von John Updike irritiert die Fürsprecher der Terrorismus-Doktrin

Geht das? Kann ein Autor, „der vom Liberalismus der westlichen Gesellschaft und von seiner christlichen Herkunft geprägt ist“, einen psychologischen Roman über einen islamistischen Selbstmordattentäter schreiben, fragt der Rezensent der Welt.

„Darf ein Amerikaner das – in die Haut des Feindes schlüpfen, aus einführender Perspektive die Geschichte eines muslimischen Terroristen erzählen, in welchem allmählich der Entschluß reift, sein Leben für einen Gewaltstreik gegen den Westen zu opfern?“, will die Süddeutsche Zeitung wissen.

Und der Spiegel meint im Interview mit dem Autor: „Freilich könnte der Leser auch den Eindruck gewinnen, dass Sie mit Ihrem Ahmed (Attentäter – d. A.) sympathisieren.“

Worum geht es in dem Roman? Ahmed Mulloy, 18 Jahre jung, in den USA geboren, „durch und durch ein amerikanischer Charakter“ (J. U.), absolviert seine letzten Wochen an der High school in New Prospect, einem heruntergekommenen Städtchen in New Jersey. Er hat alle Voraussetzungen für ein Studium an einem College, entscheidet sich aber stattdessen dafür, den Gewerbeführerschein für LKW zu machen und als Lastkraftwagenfahrer zu arbeiten. Diese Entscheidung hat er aufgrund einer Einflüsterung von Scheich Rashid getroffen, dem Imam einer Moschee in New Prospect, den er als seinen „Lehrer“ bezeichnet und der stellvertretend den Platz seines Vaters eingenommen hat.

Ahmed ist das „Produkt einer weißen amerikanischen Mutter und eines ägyptischen Austauschstudenten“, der die Familie im Stich ließ, als sein Sohn gerade mal 3 Jahre alt war. Bereits mit elf Jahren wurde Ahmed mit dem Islam vertraut gemacht und studiert seitdem gemeinsam mit Scheich Rashid den Koran. Er ist überzeugter und bekennender Muslim geworden und hasst den amerikanischen Lebensstil, so wie er ihn täglich, vor allem auch im Fernsehen, erlebt. Die westliche Kultur ist für ihn gottlos. Sie ist seiner Ansicht nach nur auf Sex und Luxusgüter

versessen. Die Christenheit habe erst die eingeborenen Amerikaner ausgerottet, dann Asien und Afrika unterdrückt und sich jetzt den Islam vorgenommen. Deshalb sieht er sich in seiner Umgebung auch als einziger Hüter Gottes. Er ist ihm nahe, „wie seine Halschlagader“ und stellt sein ganzes Glück dar.

Seine Umgebung – das sind seine Mutter Teresa, eine Schwesternhelferin und Hobby-malerin, die an keinen Gott glaubt; seine moralisch abgeglittene Mitschülerin Joryleen Grant, der er unerwidert zugeneigt ist und der Schülerberater der High school, Jack Levy, ein Jude, der Updike-Romanfigur Harry Armstrong ähnlich, und in gewissem Sinne Gegenspieler des Imam.

Nachdem Ahmed, zielgerichtet vermittelt durch den Imam, LKW-Fahrer der kleinen Möbelfirma „Excellency“ geworden ist, die von einem libanesischen Brüderpaar geführt wird, lernt er den Sohn eines der Inhaber, Charlie Chehab, kennen, der ihn unter seine Fittiche nimmt, für die terroristische Aktion anwirbt und auf den selbstmörderischen Einsatz vorbereitet. Was er nicht weiß – Charlie ist darüberhin aus Agent der CIA.

Dem Geheimdienst entgleitet die Kontrolle der durch Islamisten geplanten Operation, Charlie wird am Aktionstag von den eigenen Leuten liquidiert und Ahmed, von all dem nichts wissend, lenkt den vorbereiteten Laster mit vier Tonnen Sprengstoff in den Lincoln-Tunnel, einem stark frequentierten unterirdischen Verkehrsweg zwischen New Jersey und Manhattan, an dessen schwächsten Punkt unter dem Hudson die Ladung gezündet werden soll, um möglichst viele „Ungläubige“ mit in den Tod zu reißen. Neben ihm sitzt der Schülerberater Jack Levy, der sich einiges, auch aufgrund eines intimen Verhältnisses zur Mutter von Ahmed, zusammenreimen konnte und an einer Kreuzung aufgesprungen ist. Während der Laster sich zum geplanten Explosionsort vorarbeitet, beginnt ein dramatisches Wortgefecht um Sinn und Ziel des Vorhabens von Ahmed ...

John Updike, der Schöpfer des „Rabbit“, unternimmt in seinem neuesten Roman den äußerst schwierigen Versuch, sich in die Entwicklung des jungen Arabo-amerikaners zum Selbstmordattentäter hineinzusetzen, die Motive seines Handelns zu ergründen und die begünstigenden gesellschaftlichen Ursachen zu analysieren. Sein „Terrorist“ bedient weder Erwartungen hinsichtlich nervenzerfetzender Action noch symbolisiert er das Bild des durch die Medien geschaffenen bösen Islamisten.

Genau das Letztere wird ihm von manchem Literaturkritiker und Leser teilweise offen („Hochverrat“) oder auch versteckt („Schwarzmalerei“) vorgeworfen.

Kaum ein anderer amerikanischer Schriftsteller hat es so wie John Updike verstanden, das Leben der weißen Middle class in den kleinen und mittleren Städten (des amerikanischen Ostens) zu schildern und damit insbesondere den auswärtigen Leser zu befähigen, die teilweise ungewöhnlichen Denk- und Verhaltensweisen des Durchschnittsamerikaners zumindest im Ansatz zu begreifen. In der Person des Jack Levy hat Updike erneut eine Figur geschaffen, durch deren Augen der Leser einen zutiefst ernüchternden Blick werfen kann auf den gegenwärtigen Zustand der USA mit all ihren hässlichen und erbärmlichen Aspekten der Alltagskultur und Wohlstandsverwahrlosung.

Updike versucht seinen Helden Ahmed zu verstehen und erlangt Tiefenschärfe, indem er dessen Welt und Denken vor allem mit der Methode des inneren Dialogs beschreibt. So thematisiert er den Terror nicht als Gefahr, die von außen, aus einer fremden Kultur kommt, sondern als inneramerikanisches Problem. Darin liegt die von manchen als Provokation bezeichnete Absicht und der Verdienst des Autors.

• MANFRED BOLS

John Updike: Terrorist. Rohwohlt Verlag, Reinbek 2006. 397 Seiten, 19,90 Euro

## Was wird mit uns geschehen?

Man hat als Nachgeborener viel über das Martyrium der Häftlinge in den Konzentrationslagern Hitlers gelesen, über ihre Verzweiflung, ihren Kampf. Weniger wissen wir über die Situation jener deutschen Antifaschisten, der Juden und anderen Flüchtlinge, die aus unterschiedlichsten Gründen vor der Nazibarbarei nach Frankreich geflohen sind, dort aber bei Kriegsbeginn von den Behörden interniert wurden. Sie hatten die Wahl, fünf Jahre in der Fremdenlegion zu dienen oder ins KZ zu wandern.

Kurt Stern (1907-1989), überzeugter Kommunist, mit der Französin Jeanne Stern verheiratet, in der DDR bekannt durch Filmszenarien wie „Stärker als die Nacht“ und Dokumentarfilme sowie als Publizist und Übersetzer, gerät in diesen Zwiespalt: Was soll ich tun? Was wird mit uns geschehen? Es ist die Sicht von unten, eine Sicht, die kaum von Informationen und Kontakten zur Außenwelt, wohl aber von Gerüchten und Lügen bestimmt wird. Gewiss, die Internierungen in Villerbon und Albi sind (noch) keine Konzentrationslager; die kleinen Freiheiten sind größer, aber ich habe das Internierungslager Les Milles bei Marseille gesehen, wo Laszlo Radvanyi (Johannes Schmidt), der Mann von Anna Seghers, wo Robert Liebknecht, Max Ernst und viele andere eingepfercht waren, und kann mir durchaus vorstellen, wie es Stern und seinen Leidensgefährten zumute war.

Stern schreibt in den postum entzifferten, französisch geschriebenen Tagebüchern der Jahre 1939 und 1940 gegen diese Hoffnungslosigkeit an, um sich zu retten, um sich geistig zu konzentrieren wie er es beim Schachspiel tut. Mehr noch als der Lageralltag und die Sorge um Frau und Kind aber quält Stern immer wieder das Nachdenken über den nicht nur für ihn völlig unverständlichen und unsagbaren „Freundschaftspakt“ zwischen Stalin und Hitler und dessen Folgen.

Christa Wolf, einst eng befreundet mit den Sterns, beschreibt eindringlich in ihrem Vorwort die Wechselbäder von Hoffen und Verzweifeln. Spannend wird das Buch durch die beigelegten Briefe, u. a. solche von Anna Seghers, die parallel zu Sterns Internierung für sich und ihre Familie in Marseille und dann von Mexiko City aus auch für die Sterns und andere um die notwendigen Ausreisevisa rang. Ich habe „ein kleines Buch über die Probleme der Abreise usw.“ geschrieben, meldete sie am 1. Dezember 1941. Es ist der berühmte Roman „Transit“. Die Briefe, dann aber auch die solid edierten und sorgfältig kommentierten Tagebücher bieten dem Kenner von „Transit“ viel Hintergrundwissen, etwas von den tatsächlichen Begleitumständen, die von Anna Seghers künstlerisch so wunderbar verdichtet wurden.

• ERHARD HEXELSCHEIDER

Kurt Stern: Was wird mit uns geschehen? Tagebücher der Internierung 1939 und 1940. Mit einem Vorwort von Christa Wolf. Aufbau-Verlag GmbH, Berlin 2006. 231 S., 18,90 Euro

Dem Verlag VOKAL ist zu danken, dass endlich eine Schriftenreihe ins Leben gerufen wurde, die die Geschichte der Industrie im Raum Leipzig, namentlich der zahlreichen Großbetriebe, in den Jahren 1945 bis 1990 aufarbeitet. Ein insgesamt gelungener Versuch ist die Darstellung der Geschichte des Kombinats TAKRAF (Tagebauausrüstungen, Krane, Förderanlagen) und vor allem seines Leipziger Stammbetriebes in Gohlis und Eutritzsch, vormals Bleichert. Der Autor war nach seinem Berufsabschluss als Betriebsschlosser und einem Ingenieurstudium über Jahrzehnte als Technologe, später Planungsleiter, Abteilungsleiter für Strukturpolitik und bis 1989 als Direktor für Ökonomie im Stammbetrieb, danach noch im Bereich

## Leipziger Betriebsgeschichte

TAKRAF – erster Titel einer neuen Schriftenreihe

Finanzen tätig.

Er vermittelt die Geschichte des Unternehmens nicht in Form einer Chronologie, sondern problembezogen, beginnend mit dem schweren Anfang beim Aufbau einer Schwerindustrie in der DDR bis zum Aus des Kombinates im Jahre 1990, und er verbindet dabei seine persönlichen Erfahrungen mit dokumentarischen Belegen und zahlreichen Fakten.

Die Betriebs- und Kombinatgeschichte ordnet der Autor stets ein in die Geschichte der DDR-Wirtschaft mit all

ihren Leistungen und zu überwindenden Schwierigkeiten einschließlich der bis zuletzt unbewältigten Probleme.

Der Autor stellt die 26 Betriebe des Kombinats mit ihrem Produktionsprogramm vor, darunter 14 mit mehr als 1000 und fünf mit mehr als 3000 Beschäftigten, darunter VTA und Kirow-Werk Leipzig.

Die Beziehungen zwischen Betrieb und Territorium und die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten nehmen einen gebührenden Platz ein.

Ein Detail aus der letzten Phase des Kombinates: Chefabwickler von Dohnanyi erhielt von der Treuhandanstalt über 3 Millionen Euro, je Arbeitstag 2500.

Der Verlag wird bei den künftigen Publikationen der Reihe sicher darauf zu achten haben, dass die Rahmenbedingungen der DDR-Wirtschaftspolitik nicht jedesmal in gleicher Ausführlichkeit wiederholt werden.

• GÜNTER LIPPOLD

Dieter Gollasch: TAKRAF – ein Kombinat des DDR-Schwermaschinenbaus. Mensch und Werk. Schriftenreihe zur Entwicklung der Industrie im Raum Leipzig 1945 bis 1990. Leipzig: VOKAL Verlag 2006. 124 Seiten, 9,80 Euro

**KALENDERBLATT****Vor 45 Jahren****Ein unrealistischer KPdSU-Parteitag**

Vom 17. bis 31. Oktober 1961 tagte in Moskau der XXII. Parteitag der KPdSU. Er beschloss ein neues Programm zur Errichtung des Kommunismus für die Völker der Sowjetunion.

In einer ersten Etappe (1961-1970) sollten die USA in der Pro-Kopf-Produktion übertroffen werden, die Industrie- und Agrarproduktion auf das Zweieinhalbfache steigen. In einer zweiten Etappe (1971-1980) sollten die Industrieproduktion auf mindestens das Sechsfache, die landwirtschaftliche Produktion auf das Dreieinhalbfache steigen. Trotz weiterer Arbeitszeitverkürzung sollte die Arbeitsproduktivität auf das Viereinhalbfache erhöht werden und damit doppelt so hoch werden wie die der USA. In Aussicht genommen wurde der allmähliche Übergang zum kommunistischen Prinzip der Verteilung nach Bedürfnissen. Völlig verschwinden sollten die Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Die Einschätzungen und Zielstellungen des XXII. Parteitages der KPdSU erwiesen sich als unrealistisch, als illusionär. Die bis dahin erzielten Erfolge der Sowjetunion und der sozialistischen Länder wurden überschätzt und die gewaltige Leistungsfähigkeit der führenden kapitalistischen Länder unterschätzt.

Der UdSSR gelang es nicht, im Wettstreit mit den NATO-Ländern gleichzeitig die Produktion für den zivilen Sektor auf dem erforderlichen Niveau zu gewährleisten. Diese Tendenz zeichnete sich bereits eingangs der 60er Jahre ab und war einer der Gründe, die im Oktober 1964 zum Sturz Chruschtschows führten. **• W. ST.**

In einer zugespitzten internationalen Situation – in Polen und Ungarn war es zu Unruhen und zu Versuchen gekommen, die sozialistische Staatsmacht und Gesellschaft zu beseitigen – griffen ab 30. Oktober 1956 französische, britische und israelische Truppen Ägypten an. Kairo, Suez, Port Said und andere Orte in der Kanalzone wurden von englischen und französischen Flugzeugen bombardiert. Israelische Truppen besetzten die Halbinsel Sinai und stießen bis zum Sueskanal vor. Britische und französische Verbände drangen in die Kanalzone ein. Die von Gamal Abd al-Nasser geführte Regierung sollte gestürzt werden und die britisch-französische Beherrschung des Suezkanals, der meist befahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt, wieder hergestellt werden. Im Ringen um die nationale Souveränität Ägyptens nahm der Suezkanal einen zentralen Platz ein. 1858 war in Paris die von französischem Kapital beherrschte, aber ägyptischem Recht unterstehende Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez gegründet worden. Der Kanal wurde in der Zeit von 1859 bis 1869 durch ägyptische Fronarbeiter gebaut und forderte über 20 000 Tote. Durch die Übernahme der Aktien des Vizekönigs (44 %) gewann das britische Kapital die Mehrheit aller Aktien (1875). Seit 1882 wurde die Sueszone zum britischen Militärstützpunkt ausgebaut. Der Sueskanal war für die Gründer und vor allem für die Aktionäre eine Quelle der Bereicherung und warf riesige Profite ab: 1936/37 über 350 % Dividende. Erst ab 1949 erhielt Ägypten 7 % des Bruttogewinns. Das um die Durchsetzung seiner nationalen Rechte kämpfende ägyptische Volk bewirkte, dass die britische Regierung per Vertrag vom 19. Oktober 1954 in den Abzug seiner Truppen ein-

**Vor 50 Jahren:****Frankreich, Großbritannien und Israel greifen Ägypten an**

Panzer auf Sinai – nicht sehr friedlich wirkender Suez-Kanal-Alltag. Foto: Wart

willigen musste. Einen Monat nach diesem Truppenabzug, am 26. Juli 1956, nationalisierte die Regierung Nasser die Suezkanalgesellschaft. Diese Maßnahme bildete den Anlass für die militärische britisch-französische Intervention und den Einfall israelischer Truppen.

**Internationale Solidarität mit Ägypten**

Das ägyptische Volk leistete entschlossenen Widerstand und erfuhr breite internationale Solidarität. Die UNO-Vollversammlung verurteilte die Aggression. Von besonderem Gewicht war das Auftreten der Sowjetunion. Die Regierung der UdSSR erklärte ihre Bereitschaft, das ägyptische Volk bei der Sicherung seiner Unabhängigkeit und

der Wiederherstellung des Friedens zu Hilfe zu kommen. Die USA waren damals in dieser Region noch wenig aktiv und missbilligten die britisch-französisch-israelische Intervention. In Noten an die ägyptische Regierung und an die Regierungen anderer arabischer Staaten verurteilte die Regierung der DDR die Aggression. Demgegenüber verlor die Bundesregierung kein Wort gegen den Bruch des Friedens und die Missachtung der ägyptischen Souveränität durch Großbritannien, Frankreich und Israel.

Der Beschluss der UNO-Vollversammlung und die Proteste der Völker zwangen die Aggressoren am 7. November 1956 zur Feuereinstellung und zum nachfolgenden Abzug aus dem Land. Diese Attacke zweier alter Kolonialmächte sowie Israels auf das da-

mals bedeutendste arabische Land endete mit einer Niederlage und gab dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien kräftige Impulse.

**Problemregion seit mehr als einem halben Jahrhundert**

Der britisch-französisch-israelische Überfall auf Ägypten wegen des Suezkanals war bereits die zweite kriegerische Auseinandersetzung in dieser Region. 1948 war die erste vorausgegangen, als der Staat Israel gegründet wurde, jedoch kein palästinensischer Staat. Beide Staatsgründungen waren durch die UNO beschlossen worden.

Nach der Niederlage der alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich von 1956 arrangierten sich bald danach die USA aktiv in dieser Region und machten sie seitdem zu einem internationalen Problemfall. Der so genannte Sechs-Tage-Krieg von 1967 veränderte durch die israelischen Eroberungen die Landkarte zu Lasten arabischer Nachbarstaaten. Seit dieser Zeit blockieren die USA mit ihrem permanenten Veto im UN-Sicherheitsrat die Durchsetzung der einschlägigen Resolutionen, die die Räumung der von Israel widerrechtlich okkupierten arabischen Territorien beinhalten. Die derzeitige brisante Situation um Libanon und das Gebiet der Palästinenser ist eine zwangsläufige Folge dieser Politik. Dieser permanente Konfliktherd kann offenkundig nur entschärft werden, indem endlich die 1948 beschlossene Gründung eines palästinensischen Staates vorgenommen wird und alle arabischen Staaten das Existenzrecht des Staates Israels in sicheren Grenzen anerkennen. Voraussetzung dafür ist der Abzug Israels aus allen völkerrechtswidrig besetzten Gebieten. **• WINFRIED STEFFEN**

Die weithin bekannte Schriftstellerin Ricarda Huch meinte, auf die Zeit der faschistischen Diktatur bezogen, voller Ironie, dass die Verfassung des Großdeutschen Reiches nur aus zwei Artikeln bestünde. Artikel 1: Der Führer ernennet und erschießt seine Minister selbst. Artikel 2: Der Sitz der Reichsregierung ist Berlin, der des deutschen Volkes ist Dachau.

Daher war es eine der wichtigsten Aufgaben nach der Zerschlagung des faschistischen Staates, gesicherte, gesetzliche und damit verbindliche staatliche und gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Dem dienten die für die Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Landtagsparlamenten im Herbst 1946 von der SED am 17. Juli 1946 vorgelegten Kommunalpolitischen Richtlinien und die am 19. September 1946 unterbreiteten Grundrechte des deutschen Volkes. Am 14. November 1946 folgte der Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik, der am 16. November 1946 auf einer Pressekonzferenz der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben wurde. Diese Verfassungsdokumente waren wesentliche Grundlagen für die Landesverfassungen, die von

**Vor 60 Jahren:****Verfassungsentwurf für eine DDR drei Jahre diskutiert**

Dezember 1946 bis Februar 1947 in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone in Kraft gesetzt wurden. Der Entwurf für die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik war in folgende Abschnitte gegliedert: A. Grundlagen der Staatsordnung. B. Grundrechte und Grundpflichten der Bürger. C. Parlament der Republik. D. Regierung der Republik. E. Rechtspflege. F. Verwaltung. G. Länder, Kreise und Gemeinden.

Besonders wichtige Bestimmungen waren: Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik (Art. 1). Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, wird durch das Volk ausgeübt und hat dem Wohl des Volkes zu dienen (Art. 2). Die Grundrechte werden nicht nur durch juristische Mittel garantiert, sondern auch durch gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse, die eine Verwirklichung der Grundrechte ermöglichen. Das Parlament ist das höchste Staatsor-

gan der Republik (Art. 40). Ihm obliegt nicht nur die Gesetzgebung, sondern die oberste Kontrolle der Regierung, Verwaltung und Rechtssprechung. Es gibt keine Gewaltenteilung.

Als Staatsoberhaupt fungiert das Präsidium des Parlaments (Art. 47 bis 50). Das Präsidium, in dem alle Parteien vertreten sind, entscheidet über Verfassungsstreitigkeiten. Es gibt keine Verfassungsgerichtsbarkeit. Ordnungsgemäß verkündete Gesetze sind für den Richter bindend und von ihm nicht auf die Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Die Richter sind in ihrer Rechtssprechung unabhängig und sind nur dem Gesetz unterworfen (Art. 91). Die Mitglieder des höchsten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft werden vom Parlament gewählt.

Der Entwurf ließ sich eindeutig von dem demokratischen Prinzip der Stärkung des Parlaments leiten. Die bis 1933 durchaus machtvollen deutschen Parlamente hatten

letztlich versagt, weil das Schwergewicht des Staates nicht in den Parlamenten lag, sondern im Staatsapparat konzentriert blieb.

Die Verfassungsdokumente der SED wurden in aller Breite öffentlich diskutiert. In der Tagespresse aller Parteien, in Zeitschriften und anderen Publikationsorganen, im Rundfunk, in Betrieben und Institutionen sowie in speziellen Foren wurde überall im Lande das Für und Wider erörtert. Zahllose Versammlungen der Parteien, Gewerkschaften und anderer Organisationen fanden dazu statt, an denen alle sozialen Schichten der Bevölkerung teilnahmen. Ebenso wurde der Verfassungsentwurf den Parteien, Organisationen und Einzelpersonen der westlichen Besatzungszone zur Meinungsäußerung übergeben, denn es sollte die Verfassung für eine einheitliche Deutsche Demokratische Republik sein. Im Unterschied zur Verfassung der BRD, die am 23. Mai 1949 in Kraft trat und kein Gegenstand öffentlicher Diskussion war, wurde die dann am 7. Oktober 1949 in Kraft tretende Verfassung der DDR drei Jahre lang öffentlich auf Herz und Nieren geprüft. **• KURT SCHNEIDER**





Von  
**KLAUS  
HUHN**

Es gibt steinreiche Magazine in Deutschland, die an jeder Straßenecke ihren Lesern versichern, dass sie mehr wüssten als alle, die andere Zeitungen oder Zeitschriften abonniert haben. Damit das klar ist: In einem aktuellen Fall waren die Leser von Leipzig Neue eindeutig besser im Bilde als die Leser dieses Blatts und auch aller anderen Medien. Es handelt sich um die Tour de France 2006 und um die Dopingvorwürfe gegen deren Sieger Floyd Landis. Leipzig Neue hatte enthüllt, dass die für die Dopingkontrollen zuständigen Tour-de-France-Manager schlampig gearbeitet hatten, als sie die Landis-Probe vier Tage in dem Dopinglabor hatten liegen lassen und demzufolge allein die Verantwortung dafür trugen, dass Landis als Sieger in Paris gefeiert wurde, obwohl seine Dopingprobe ein positives Ergebnis zeitigte. Drei Monate gingen ins Land, ohne dass sich irgendetwas tat, und erst an dem Tag, an dem die Tour-de-France-Strecke für 2007 verkündet wurde, sprach sich herum, dass das Ergebnis der positiven Dopingkontrolle bereits am Tag vor dem Finale auf den Champs d'Elysee vorlag. Damit bestätigte sich der von Leipzig Neue geäußerte Verdacht, dass die Kontrolle nicht mit dem gebotenen Eifer und vor allem nicht regelkonform vorgenommen worden war. Wer das zu verantworten hat, wurde bislang nicht bekannt; der Verdacht liegt nahe, dass man es nie erfahren wird. Alles, was sich ein Tour-Manager nun einfallen ließ, war die Mitteilung, dass man das Tour-Resultat von 2006 ohne jeden Sieger in den Chroniken zu führen gedenke, was ein weiterer Verstoß gegen die Regeln und die guten Sitten wäre. Kaum hatte der Mann das verkündet, meldete sich das Unternehmen, das heute mit der Tour de France Geld verdient, und teilte mit:

Es gibt keine siegerlose Tour! Das würde bedeuten, dass der Spanier Oscar Pereiro zum Sieger erklärt und der Deutsche Andreas Klöden auf den zweiten Rang vorrücken würde.

Bei der Vorstellung der nächstjährigen Tour hatte der langjährige Tour-Chef Leblanc seine Geschäfte an seinen Nachfolger Christian Prudhomme übergeben, einen Journalisten, der das Publikum mit der Mitteilung überraschte, dass man die Aktiven nächstes Jahr nicht über den Tourmalet klettern lassen will. Auch die mörderische Steigung nach Alpe d'Huez wird diesmal auf harmlosen Flachstrecken umfahren. Das Motiv lässt sich leicht errahnen: Man will die Dopingrisiken reduzieren, indem man auf die ohne Doping

men sollte. Aber es fehlte schon bald am nötigen Geld für die Stiftung, die ursprünglich nur mit den Zinsen des Stiftungsvermögens finanziert werden sollte. Nun wurden zwei Millionen Euro Zuschuss angekündigt, die eine andere Stiftung rausrücken will, nämlich die Kulturstiftung des Deutschen Fußball-Bundes, die ihre Konten bei der Fußball-Weltmeisterschaft aufgefüllt hatte. Allerdings fehlt auch noch Geld für eine „Anschubfinanzierung“ des neuen Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und für die Vorbereitung der deutschen Mannschaft auf die nächsten Olympischen Spiele. Kurzum: Wenn der Kampf gegen Doping erfolgreich geführt werden soll, müssen weitere Summen bewilligt werden. Bei der De-

batte im Sportausschuss des Bundestages spekulierte man allen Ernstes auf die Millionen, die die wohlhabendsten Sponsoren alljährlich in den Sport fließen lassen. Pardon: Nicht in den Sport an sich, sondern in werbewirksamen Spitzensport. Es handelt sich immerhin um rund zwei Milliarden Euro im Jahr. Der SPD-Sprecher Dan-

ckert schlug vor, dass von dieser Summe wenigstens ein Prozent für die Dopingbekämpfung verwendet werden sollte. Das wären immerhin 20 Millionen, aber alle waren sich einig, dass davon nicht mal ein halbes Prozent in die NADA-Kasse fließen dürfte. So bleibt es bei einem Etat für die Dopingbekämpfung in Höhe von 1,24 Millionen und damit ließe sich nur wenig erfolgreich gegen die Pharma-Riesen erreichen. Obendrein hat auch der Chef der NADA wissen lassen, dass er demnächst in Rente zu gehen gedenke. Der Mann, Peter Busse, war von den Sportoberen als ungemein geeignet für den Job bezeichnet worden. Wer auf die Idee käme zu fragen, wo er denn seine Dopingfahrten gesammelt hat, würde staunen: bei der Gauck-Behörde. Dort verdiente er lange Jahre als Direktor gutes Geld und dürfte dort auch erfahren haben, dass die Bundesregierung im „Kampf“ gegen die „Stasi“ nie so kleinlich war wie beim Kampf gegen das Doping. Und deshalb nahm er seinen Hut.

## Sportkolumne

# Dopingbekämpfung durch „Stasi“-Jäger

gar nicht zu bewältigenden Steigungen verzichtet. Hinter den Kulissen tobt auch noch ein Grabenkampf zwischen den Tourgewaltigen und dem Internationalen Radsportverband UCI. Dessen Präsident, McQuaid, war zu der Präsentation nicht eingeladen worden, was die Gerüchte weiter wuchern ließ. Was für unsereinen wichtig ist: Skoda hat wissen lassen, dass es nicht nur die Tour weiter sponsert, sondern auch die Friedensfahrt, und viel deutet darauf hin, dass sie nächstes Jahr wieder im Kalender der UCI steht und zwischen Tschechien und Deutschland ausgetragen wird.

Mit Ärger dagegen rechnet man in der Bundesrepublik bei der künftigen Dopingbekämpfung. Viel war versprochen worden, als man in Bonn eine „Nationale Anti-Doping-Agentur“ (NADA) installiert hatte, die – von der Bundesregierung unterstützt – mit dem Dopingunwesen aufräu-



**JETZT  
AM KIOSK  
ODER BEQUEM IM PROBEABO  
01805 / 917 917**

(0,34 €/min)

[www.melodieundrhythmus.com](http://www.melodieundrhythmus.com)

**Jetzt  
NEU!!!**

## Militärstiefel trampeln Gedenken nieder

Fast jeder Dresdener kennt die Geschichte seiner Stadt und weiß, welche traurige Funktion dem Altmarkt im Februar 1945 beschieden war. Über diesen Platz nun zogen am 12. Oktober 2006 Bundeswehreinheiten mit Marschmusik und Paradeschritt, um einigen Schaulustigen den „Großen Zapfenstreich“ vorzuführen. Doch damit nicht genug, sie missachteten sogar die in den Boden des Altmarkts eingefügte Inschrift: „Nach den Luftangriffen vom 13. bis 14. Februar 1945 auf Dresden wurden an diesem Ort die Leichen von 6865 Menschen verbrannt.“ Militärstiefel schritten über diese Zeilen hinweg. Ein zahlreiches Aufgebot von Polizei sicherte die Show. Über deren Vorgehen können die jungen Leute Zeugnis ablegen, die wegen ihrer Proteststufe fotografiert, attackiert und aus der Menge zur Namensfeststellung herausgeholt wurden. MDR und auch Dresden-Fernsehen lobten die Militärparade über den grünen Klee. Dass mit ihr auch das Gedenken an die Kriegssopfer missachtet wurde, kam in ihren Sendungen nicht vor.

E. PÖBNECK, DRESDEN

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

## Wanderungen durch Neufünfland

**WIR NUTZTEN DIE SCHÖNEN HERBSTTAGE** und bummelten die Ostseeküste entlang. Damit mir niemand vorwirft, zu oft nur Negatives zu beschreiben, beginne ich also mal mit der herbstbunten Landschaft, die landauf landab für gute Stimmung sorgte. Anmerken muss ich allerdings, dass das nur wenig mit der Politik zu tun hat, es ist allein dem Wetter zuzuschreiben. Wohin man kommt, hört man Klagen, vor allem über steigende Armut und steigende Preise. Und wo Probleme auftauchen, hat man sich inzwischen für eine Methode entschieden, sie in den Griff zu bekommen, die auch ihre Haken hat. Man fragt nicht etwa die betroffenen Bürger, sondern engagiert eine Firma, die ein Gutachten „erstellt“. Wem das dann hilft, weiß niemand. Aber fest steht, dass es kostspielig ist und in den Rathäusern dann Runden gelaufen werden, um den zu finden, der es bezahlt. Auf einer Lokalseite, die uns beim Vesper in die Hände fiel, wurde geklagt, dass mit solchen nutzlosen Gutachten Millionen vergeudet werden. Leser hatten empörte Briefe über die Vergeudung geschrieben. Das betraf zum Beispiel die Kreisverwaltung Ostvorpommern, die ihren Sitz wohl in

Was sich in Ungarn 1956 vor den Augen der Weltöffentlichkeit abspielte, war Terror, nämlich weißer Terror! Die Akteure dieser Ereignisse wollten nicht, wie propagandistisch verkündet, der ungarischen Bevölkerung mehr Freiheit und Demokratie bringen, sondern die volksdemokratische Ordnung gewaltsam beseitigen – also eine klassische Konterrevolution inszenieren. Kein Staat der Erde sieht solchen kriminellen Ausschreitungen tatenlos zu. Deshalb war das konsequente Eingreifen der ungarischen Sicherheitskräfte und das Hilfversuchen an die sowjetischen Streitkräfte im Rahmen der Bündnisverpflichtungen, zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Land, legitim und angemessen.

Welch große Verdienste für die uns übergestülpte „demokratische“ Gesellschaft mag wohl der Sohn des Nazi-Funktionärs Karl Krasting aus Dippoldiswalde erworben haben, die das Leipziger Bundesverwaltungsgericht hatte veranlassen können, die Enteignung seines Vaters durch die sowjetische Besatzungsmacht rückgängig zu machen. Diese Frage kommt mir angesichts des Rückgabegesetzes der BRD in den Sinn, das viele tausende DDR-Bürger enteignete. Uns z. B. zwang es, einer Westberlinerin ihr einst völlig verwahrlostes Grundstück mit einem Wert von inzwischen 60 000 DM ohne jegliche Entschädigung zurückzugeben. War diese Enteignung per Gesetz die Strafe dafür, in der DDR gelebt zu haben? Dieses entgegen dem Einigungsvertrag von 1990 getroffene Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wird sicherlich Nachkommen enteigneter Nazi-

## Terror in Ungarn war weißer Terror

Aus heutiger Sicht drängen sich Parallelen zum 17. Juni 1953 in der DDR auf. Es bot sich damals ein ähnliches Szenario. Auch hier konnten durch das rechtzeitige und entschlossene Handeln der Schutz- und Sicherheitsorgane, mit Unterstützung von Teilen der zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, gleiche Exzesse wie in der UVR, die in Ansätzen auch hier bereits auftraten, verhindert werden. Das hat der Freiheit und Demokratie einen größeren Dienst erwiesen, als wenn man dem Wüten der Konterrevolution freien Lauf

gelassen hätte.

Übrigens, als man kürzlich ein Gemälde von Werner Tübke über die Konterrevolution in der UVR aus dem Thüringer Landtag verbannte (bezeichnenderweise auf Betreiben der „Stasi“-Beauftragten des Landes Thüringen), „weil es nicht der heutigen Sicht auf diese Ereignisse spreche“, dann glaube ich das den Erfurter Bilderstürmern aufs Wort. Es ändert aber nichts daran, dass dieses Gemälde die künstlerische Widerspiegelung der historischen Wahrheit darstellt.

G. FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

## Deutsche Richter machen Nazi-Erben hoffnungsfroh

und Kriegsverbrechern hoffnungsfroh stimmen, ebenfalls mit einer Rückgabe des rechtmäßig Enteigneten belohnt zu werden.

Die Nazis müssen sich doch bestärkt fühlen, auf dem richtigen Weg zu sein, wenn ein höchstes Gericht eines sich demokratisch nennenden Staates einem NSDAP-Funktionär nachträglich bescheinigt, dass alles Rechtens war, was er tat. Es waren eben nur die Bolschewisten, die ihm seine Immobilien nicht gegönnt hatten.

Ich fühle mich zunehmend in die Zeit am Ende der Weimarer Republik zurückversetzt. Die oftmals sehr nachsichtige juristische „Bearbeitung“ rechtsextremer Verbrechen und die polizeilichen Behandlungen von Protestierenden gegen

Naziaufmärsche lassenden Verdacht kaum mehr unterdrücken, dass so mancher Jurist und Ordnungshüter keinen besonderen Wert auf eine friedliebende demokratische Gesellschaft legt. Dieser Verdacht wird durch die Nachricht aus München gestärkt, dass die dortige Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen die Gebirgsjäger eingestellt hat, die 1943 im griechischen Kephalaria 6000 Menschen, darunter 4000 italienische Gefangene ermordeten.

Die bundesdeutschen Juristen brauchten 1990 nicht einmal 63 Tage, um gegen DDR-Bürger ohne den geringsten Beweis einer strafbaren Handlung vorzugehen.

SIEGFRIED MÜLLER, LEIPZIG

## Vergeudung, Theater, Millionen ...

Anklam hat. Da monierte einer, dass man – obwohl alle Kassen leer waren – hemmungslos bei einer kostspieligen westfälischen Beraterfirma für 93 000 Euro ein Gutachten bestellt hatte. Dass die Experten in Westfalen obendrein an der Ostseeküste nicht durchblickten, wunderte keinen aus unserer Runde. So nützt das Papier den Ostpommern wenig, aber in Westfalen hat man 93 000 Euro verdient, aber auch in diesem Fall riet ich: Man muss an allem als erstes das Positive sehen.

**ALLERDINGS FÄLLT DAS SCHWER**, wenn sich der Ärger stapelt. Wer auf Usedom den Weg nach Neppermin einschlägt, gelangt auch an die größte Disko der Insel, und dort wurden unlängst die Türen verriegelt. Kein Tanz mehr. Erst betrieb sie ein Ueckeritzer, dann das Sozialwerk und bis unlängst ein Fitness-Studio-Betreiber, der sie nun sogar ausgeräumt haben soll. Es hatte Streit wegen der Miete gegeben, die über 1300 Euro betrug und von der Kreis-Kämmerei kassiert worden sein soll. Die hatte garantiert, dass die Fassade frisch gepinselt, vor allem aber eine Heizung installiert werden sollte. Plötzlich soll die Kämmerei kein Geld dafür gehabt haben – vielleicht weil alles an die Westfalen gezahlt

worden war? Einer aus unserer Runde meinte, demnächst könnte es hier zu einem Tanz auf dem Vulkan kommen. Bei Gelegenheit wollen wir wieder Richtung Neppermin wandern.

**IN SCHÖNBERG SOLL IM STADT-HAUS** einer über Planwirtschaft geschimpft haben, obwohl die doch schon vor Jahr und Tag mit entsprechenden Kommentaren begraben worden war. Der Anlass für die Erinnerung war, dass den Ämtern heutzutage weniger Mittel bewilligt werden, wenn sie im Vorjahr nicht alle zugewiesenen verbraucht haben. Man hatte zwar einiges flüssig, bekam aber keine Fördermittel, weil man in vorangegangenen nicht alles aufgebraucht hatte. Und nun muss man bis Jahresende unbedingt die noch auf den Konten verfügbaren Summen ausgeben, sonst steht nächstes Jahr noch weniger zur Verfügung. Die Leute haben Recht: Verdammte Nach-Planwirtschaft!

**ALS GEORGE DABELJU BUSH** neulich in Stralsund war, ließ er was zurück – die Schulden der Stadt. Dabei hatte die Hansestadt lange damit prahlen können, keine Schulden zu haben. Dann aber riss Hartz IV Löcher in den Etat und Ende des Jahres rechnet man mit 15 Mil-

## Raus aus Afghanistan!

Der Verhalten von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan widerspiegelt eine unsägliche Besatzerarroganz und primitive, geistlose Menschenverachtung. Mit welchem Feindbild- oder Freundschaftsbild sind da Soldaten zum „Friedenseinsatz“ geschickt worden, fragt das Leipziger Friedenszentrum und übergab LN die Forderung des Bundesausschusses des Kasseler Friedensratschlages, in der es u. a. heißt:

Da gibt es nur eins: Raus aus Afghanistan!

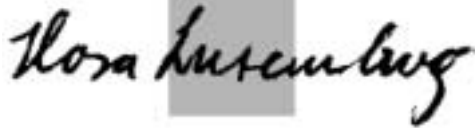
Verteidigungsminister Franz-Josef Jung beeilte sich, den Vorgang als Einzelfall darzustellen, der schnell aufgeklärt werden müsse, mit der Bundeswehr im Übrigen aber nichts zu tun habe. Mit einer solchen Art „Krisenbewältigung“ sollen falsche Fährten gelegt und von tiefer liegenden Ursachen derartiger Skandale abgelenkt werden. Die Öffentlichkeit und die Politik muss sich der unbequemen Wahrheit stellen, dass mit der Transformation der Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ auch ein neuer „Geist“ in die Truppe eingebracht ist. Auch wenn Militäreinsätze üblicherweise als „Friedensmissionen“ dargestellt oder Soldaten nur noch in „humanitäre Interventionen“ geschickt werden, handelt es sich doch immer noch um Kriegseinsätze, in denen vornehmlich die unkomfortablen kriegerischen „Tugenden“ und Attitüden gefragt sind. Insofern sind wir vom Bekanntwerden des Totenschädel-Skandals nicht sonderlich überrascht. Überrascht sind wir aber von der Kalküllosigkeit, mit der die Bundesregierung am selben Tag, an dem der Skandal öffentlich wird, beschließt, den Afghanistan-Einsatz des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im Rahmen des Kriegseinsatzes „Enduring Freedom“ unter US-Führung um ein Jahr zu verlängern.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:  
PETER STRUTYNSKI, KASSEL

lionen Euro Defizit. Bis 2009 könnte die Summe leicht auf 81 Millionen Euro steigen. Also wurden die Rotstifte gespitzt: Der Zuschuss fürs Theater soll um 300 000 Euro gekürzt werden. Der Jugendhilfeausschuss protestierte energisch gegen den Plan, 127 000 Euro einzusparen. Viel helfen wird ihm der Protest nicht. Ursprünglich sollte die Arbeitsmarktreform die Stadt ab 2005 um 1,3 Millionen Euro entlasten. Das Gegenteil war der Fall: Im Nachtragshaushalt mussten die Kosten der Unterkunft um über vier Millionen Euro auf 18,2 Millionen erhöht werden. In diesem Jahr wurden erneut 2,85 Millionen Euro Nachzahlung benötigt. Aber: Bush schwärmte von Stralsund. Er sah ja auch nur schöne Fassaden und hörte fröhliche Klänge!

**IN DER GLASBLÄSERSTADT LAUSCHA** regiert ein neuer Bürgermeister und der soll im Wahlkampf „Blut, Schweiß und Tränen“ angekündigt haben. Tränen sollen schon geflossen sein. Es ging ums Abwasser. Irgendwann dieser Tage wurde eine neue Kläranlage in Betrieb genommen. Ohne „Hurra“, denn als man die künftig fälligen Gebühren addierte, war das Ergebnis schockierend. Für einen Dreipersonen-Haushalt steigt der jährliche Wasser- und Abwasserpreis von 617,57 Euro auf 861,00 Euro. Aber ich wiederhole und wiederhole: Man sollte auch das positiv sehen: Alles geht aufwärts! • **KLAUS HUH**





☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN**

**Dienstag, 7. November, 18 Uhr, Leipzig**  
*Philosophieren zwischen Auftrag und Kritik.* Zur Situation der Philosophie in Leipzig von 1985 bis 1989. Podiumsdiskussion zu „Konstanze Schwarzwald: Im Zaubenberg ...“  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Donnerstag, 9. November, 18.30 Uhr, Chemnitz**  
*Ausstellungseröffnung zum 50. Todestag Bertolt Brechts.*  
 Rothaus e. V., Lohstr. 2

**Dienstag, 14. November, 18 Uhr, Chemnitz**  
 Buchlesung und Diskussion: *Die Grenzen der DDR: Geschichten – Fakten – Hintergründe.* Mit Oberst a. D. Dr. sc. mil. Peter Freitag, Mitherausgeber.  
 Rothaus e. V., Lohstr. 2

**Dienstag, 14. November, 18 Uhr, Leipzig**  
 Film und Zeitzeugengespräch: „Über die Schwelle“ – *Walter Ruge, ein Überlebender des GULAG, erinnert sich.* Mit Walter Ruge und Stefan Mehlhorn, Regisseur. \*\*\*  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Mittwoch, 15. November, 15 Uhr, Chemnitz**  
*Zur aktuellen Situation der Gesundheitsreform.* Mit Iris Klop-pich, stellv. DGB-Vorsitzende Sachsen  
 Begegnungsstätte für Betreutes Wohnen, Hauboldstr. 38

**Mittwoch, 15. November, 17.30 Uhr, Dresden**  
 Bibliotheksrundgang und Gespräch mit Juliane Krummsdorf.  
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

**Mittwoch, 15. November, 19 Uhr, Dresden**  
 Buchvorstellung und Gespräch: *G8: Gipfel der Ungerechtigkeit. Wie acht Regierungen über sechs Milliarden Menschen bestimmen.* Mit Katja Kipping, MdB, Mitherausgeberin  
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

**Donnerstag, 16. November 17.30 Uhr, Leipzig**  
 Vortrag und Diskussion: *GUS – Realität oder Fiktion?* Mit Dr. Wolfgang Grabowski, Berlin. \*\*\*  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Freitag, 17. November, 17–20 Uhr,**  
 Kolloquium des Röhrbacher Kreises: *Linke und Kompromisse.*  
 Mit Prof. Dr. Wolfgang Methling  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Freitag, 17. und Sonnabend, 18. November, Chemnitz**  
 Lateinamerika-Tage im Rothaus.  
 17. 11., 18.30 Uhr: *Nikaragua – Vergangenheit und Gegenwart.*  
 18. 11., 10 Uhr: *Kuba – Solidaritätsarbeit und wie weiter?* Dis-kussion mit der 1. Sekretärin der kubanischen Botschaft.  
 18. 11., 13 Uhr: *Venezuela – Das neue Projekt?* Referat der Bot-schafterin Venezuelas *Grundzüge der bolivari-schen Revolution.*  
 18. 11., 16 Uhr: *Lateinamerika – eine Perspektive für die Welt?*  
 Podiumsdiskussion mit den Vertreterinnen Kubas und Venezuelas.  
 Rothaus e. V., Lohstr. 2

**Sonnabend, 18. November, 10–17.45 Uhr, Dresden**  
 Kolloquium: *Dresdner Industriegeschichte 1945–1990.*  
 TU Dresden, Hörsaalzentrum, Hörsaal E 304, Bergstr. 64

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durch-geführt.  
 Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

*Unserem Genossen  
 Hans Dietze  
 zu seinem  
 80. Geburtstag*

*Die stärksten aber  
 kämpfen ihr Leben  
 lang. Diese sind unent-  
 behrlich. (B. Brecht)  
 Du, lieber Hans,  
 gehörst zu diesen. Wir  
 danken dir dafür.*  
 Deine Linkspartei.PDS-  
 Ortsgruppe  
 Connewitz / Dölitz

*Unsere Genossin  
 Sieglinde Seidel  
 feiert am 7. November  
 ihren 80. Geburtstag*

*Wir gratulieren herz-  
 lichst und wünschen  
 dir, liebe Sieglinde, für  
 das neue Lebensjahr  
 alles erdenklich Gute.*  
 Deine Linkspartei.PDS-  
 Basisgruppe Löbnig II

**Marxistisches Forum und  
 Rotfuchsverein Leipzig**  
 laden ein zum Forum  
**Marxisten und Christen  
 im Dialog**

mit dem Theologen Peter  
 Franz (Jena)  
 am 7. November, 18 Uhr, im  
 Liebknecht-Haus Leipzig,  
 Braustr. 15

Unser Mitstreiter  
**Manfred Bols  
 wird 65.**

Auf dass dir deine  
 Schreibfreude, deine  
 Gesundheit und alles,  
 was dich freut,  
 erhalten bleibe.  
 Deine LN-Truppe



Zu jeder Zeit ist ein Urlaub in der Lüneburger Heide ein Erlebnis. Gerade in unserem Ferienhaus „Heideruh“ im Kreis von Freunden kann sich jeder gut erholen. Auch der Spätherbst hat seine Reize und für Weihnachten/Sylvester sind noch Zimmer frei. Aber auch für 2007 ist jetzt die richtige Zeit, die Urlaubsbuchung zu tätigen. Nach wie vor füh-ren wir unsere Ausflüge mit dem Kleinbus durch. Berliner können zu Hause abgeholt werden.

**Jetzt für 2007 buchen.**

Heideruh e.V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.N.  
 Tel.: 04181/8726, Fax: 04181/28114, Mail: heideruh@t-online.de

**Agentur für Senioren & Behindertenhilfe Leipzig**  
 Unsere Dienste für Sie



Hauswirtschaft, Fahrdienst, Pflege,  
 Beratung, Wohnungsbetreuung bei  
 Abwesenheit, Veranstaltungsorgani-  
 sation ...

**Sie finden uns: Ellernweg 19, 04179  
 Leipzig, Tel.: 0341/5501776**

Internet: [www.leutzscher-zwerge.de](http://www.leutzscher-zwerge.de)

e-mail: [sbh@leutzscher-zwerge.de](mailto:sbh@leutzscher-zwerge.de)

**Bereitschafts-Telefon: 0172/7962906 oder 0162/6954723**

**Carl-Schorlemmer-Apotheke**



Inhaber:  
 FSD PhR Friedrich Roßner  
 Fachapotheker für  
 Allgemeinpharmazie  
 Karlsruher Straße 54  
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58  
 Arzneimittel-Information  
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
 Büro / Apothekenleiter

**Wir appellieren  
 wieder einmal  
 an Ihre Solidarität**

**mit unserem linken Blatt,  
 von dem Hans Modrow jüngst in  
 Leipzig sagte, es sei  
 das Beste in Deutschland.  
 Selbst wenn dem tatsächlich so wäre:  
 Damit lassen sich noch keine  
 Rechnungen bezahlen.**

**SPENDEN bitte an:**

Projekt Linke Zeitung e. V.,  
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860  
 555 92, Kennwort: Spende für LN

**Übrigens: LN ist auch ein prima  
 Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...**

**Bestellschein**

*bitte ausgefüllt schicken an:*

**LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig**

**LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

**RECHNUNGSANSCHRIFT**

*(nur extra auszufüllen, wenn dies ein*

**Geschenkabonnement ist**

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises  
 **Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

*Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.*

Ich bitte um Rechnung  
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

*Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.*

2. Unterschrift des Auftraggebers





RECHTERSEITS drei kleine Appetithäppchen aus obiger Schmähschrift. Wer aber „das konsumistische Manifest“ genießen möchte oder sich mit dem „Schumpffrentenreport“ auseinandersetzen will, dem seien alle Seiten (übrigens konsequent in alter Rechtschreibung) dringlichst angeraten. Vorsicht! Sie kosten jedoch Lese(frei)zeit.

Ernst Röhl:

*Einigkeit und recht viel Freizeit.*

*Eulenspiegel Verlag,*

*Berlin 2006, 144 S. 9,90 Euro*

•-CK

## Zwei Nachrichten

Zuerst die schlechte: Papst Benedikt XVI. läßt mitteilen. Im Himmel gebe es keinen Sex. Und nun die gute: Im Himmel gibt es keinen Papst.

\*

## Stimmen muß es

Das Leben ist so teuer geworden, daß sogar Fußballprofis jede Million zweimal umdrehen müssen. Tante Paula (80) hat im Supermarkt eingekauft und zählt an der Kasse das Wechselgeld. Hinter ihr wartet fiebrig eine ungeduldige Kundenschlange, doch Tante Paula zählt bis zum bitteren Ende aufmerksam und fast mißtrauisch jeden einzelnen Cent.

Die Kassiererin, mit ihren Nerven am Ende, fragt nach: „Na, Oma, stimmt was nicht?“

„Doch, stimmen tut das“, sagt Tante Paula, „aber auch man grade so!“

\*

## Am Fiskus vorbei

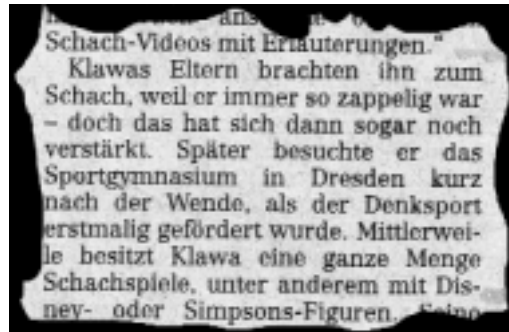
Ein Deutscher mit Aktenkoffer nähert sich dem Schalter einer Zürcher Bank, blickt sich verstohlen um und flüstert dem Kassierer zu: „Ich möchte bitte eine Million Euro in bar einzahlen.“ „Mein Herr“, sagt der Kassierer, „Sie können ruhig laut sprechen, bei uns in der Schweiz muss sich niemand seiner Armut schämen.“

## Der En-passant-Hammer

Der Hammer fiel auf einer Sportseite der LVZ, en passant in einem Nebensatz.

„... als der Denksport **erstmalig** gefördert wurde“ – dieser kecke Schlag ausgerechnet in der Stadt, in der 1960 die 14. Schacholympiade stattfand? In der eines der Leistungszentren des DDR-Schachs entstand? Ausgerechnet in Leipzig, wo u. a. Rainer Knaak und Lothar Vogt Bedingungen für eine Großmeister-Laufbahn fanden? Wo das Haus der Jungen Pioniere in der Leibnizstraße ohne Schach kaum denkbar war? Und die DHfK nicht ohne Schachtrainer-Diplom? (Lehrmaterial von Staatstrainer Ernst Bönsch wird heute noch genutzt. Sohn Uwe ist Bundestrainer des Deutschen Schachbundes!)

Wenn etwas zu Recht Schachspieler ärgerte, war es die in der Spät-DDR verordnete Abstinenz von Olympiaden (der Medaillen-Ökonomie wegen) und von Turnieren mit Devisenbedarf. Aber sonst? Selbst Kindergärten expe-



rimientierten mit dem Lehren des Fingerspitzensports ...

Nicht jeder Jungautor muss das wissen. Aber kundig machen darf er sich, bevor er *en passant* schlägt.

**P. S.** Dass Patrick Klawas vorgestellt wurde, freute mich. Unsere letzte Oberliga-Partie fand am 13. März vorigen Jahres in Coswig statt.

• **GOTTFRIED BRAUN, FIDE-Meister**

**P**

Das Auto ist ein Gerät, das es dem Menschen ermöglicht, rascher zu Arbeit zu kommen, deren Ertrag ihm ermöglicht, sich ein Auto zu kaufen.

Werner Schneyder

Am Auto kann man beobachten, wie für jeden skandalösen Zustand ein Beschönigungswort gefunden wird; die Blechlawine, die unsere Städte zerfrisst und unsere Straßen zu Todesbahnen macht, heißt „Individualverkehr“.

S. G.



Foto: Fiebelkorn

**S**

Flotte Hunde wurden jetzt in Leipzig mit der Möglichkeit hinter dem Ofen hervorgekockt:

**Wir dürfen nicht nur bellen und beißen, sondern Frauchen auch mal ausfahren.**

Eine Teststrecke wurde – wie ersichtlich – in der Saalfelder Straße genehmigt. Probleme hatte dieser Prüfling mit dem Blick in den Rückspiegel. Er traute dem nicht und schaute bei jeder sich bietenden Gelegenheit aus dem Fenster.

Also: Zurück an die Leine!

Text: M.Z.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Politik ist die Einsicht in die Notwendigkeit der Lüge.

3sat 18. 10.

Wenn ein führender Sozialpolitiker (Münsterfering) feststellt, es gibt keine Schichten und Klassen in Deutschland, belegt dies, dass bei vielen Berliner Politikern die Realität ausgeblendet ist. Das Prekariat geht überall um in Deutschland. Prekäre Situationen erleben viele in vielen Schichten und Gegenden.

LVZ 18. 10.

Wir leben in der BRD nicht in einer geschichteten Gesellschaft, wir leben in einer klassenlosen Gesellschaft.

G. Westerwelle DLF 17. 10.

2005 wurden von der Polizei in der BRD 3000 misshandelte Kinder registriert. Kenner vermuten, dass die Zahl 20-mal so hoch ist.

ZDF 17. 10.

Die Bundeswehr lagert noch 60000 Tonnen Munition in zig Bunkern. Die Bestände sind um ein Vielfaches höher als der Bedarf. Es wird auch noch jede Menge Streumunition gelagert. Durch den Abbau der Bestände könnten jährlich 74 Millionen Euro gespart werden.

ARD 19. 10.

Kleinlebewesen vermehren sich durch Zellteilung, Bürokraten durch Arbeitsteilung.

Zitat Jerry Lewis, ND 21./22. 10.

Kritik an Israel hat nichts mit Antisemitismus oder Antijudaismus zu tun. Gäbe es z. B. keine besetzten Gebiete, gäbe es auch keinen palästinensischen Terror.

Dr. Oesterreich, Versöhnungszentrum Kathedrale Coventry, DLF 22. 10.

Meinungsforscher wollen herausgefunden haben, dass sich über 50 Prozent der Ungarn die Zeiten von Janos Kadar zurückwünschen.

DLF 23. 10.

Da staatliche Schulen oftmals zu weit oder zu schlecht sind, werden viele Eltern in England gezwungen, ihre Kinder in kirchliche Schulen zu schicken. Obwohl viele Eltern Atheisten sind. Von der Kirche wird verlangt, dass Eltern und Kinder mindestens alle 14 Tage einen Gottesdienst besuchen. Der Besuch wird in einer Liste registriert. Die Menschen werden also zum Heucheln angehalten.

DLF 24. 10.

• Entdeckt von **MANFRED ERBE**

## Philosophisches

Es war einmal ein Schneider, der nähte am Morgen das Kleid der Freiheit, am Mittag die Hosen der Moral und am Abend das Mäntelchen der Demokratie. Das reicht!, sagte das nackte Geld, als es in der Nacht kam und seine Sachen abholte.

\*

Die Schatten der alten Gesellschaft werfen das Licht, in dem sich die neue sonnt.

\*

**REINHARD LOCHNER**



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de  
Internet: www.leipzig-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

30. Oktober

Die nächste Ausgabe erscheint am 17. November

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig,  
BLZ: 860 555 92,  
Konto: 11 50 11 48 40